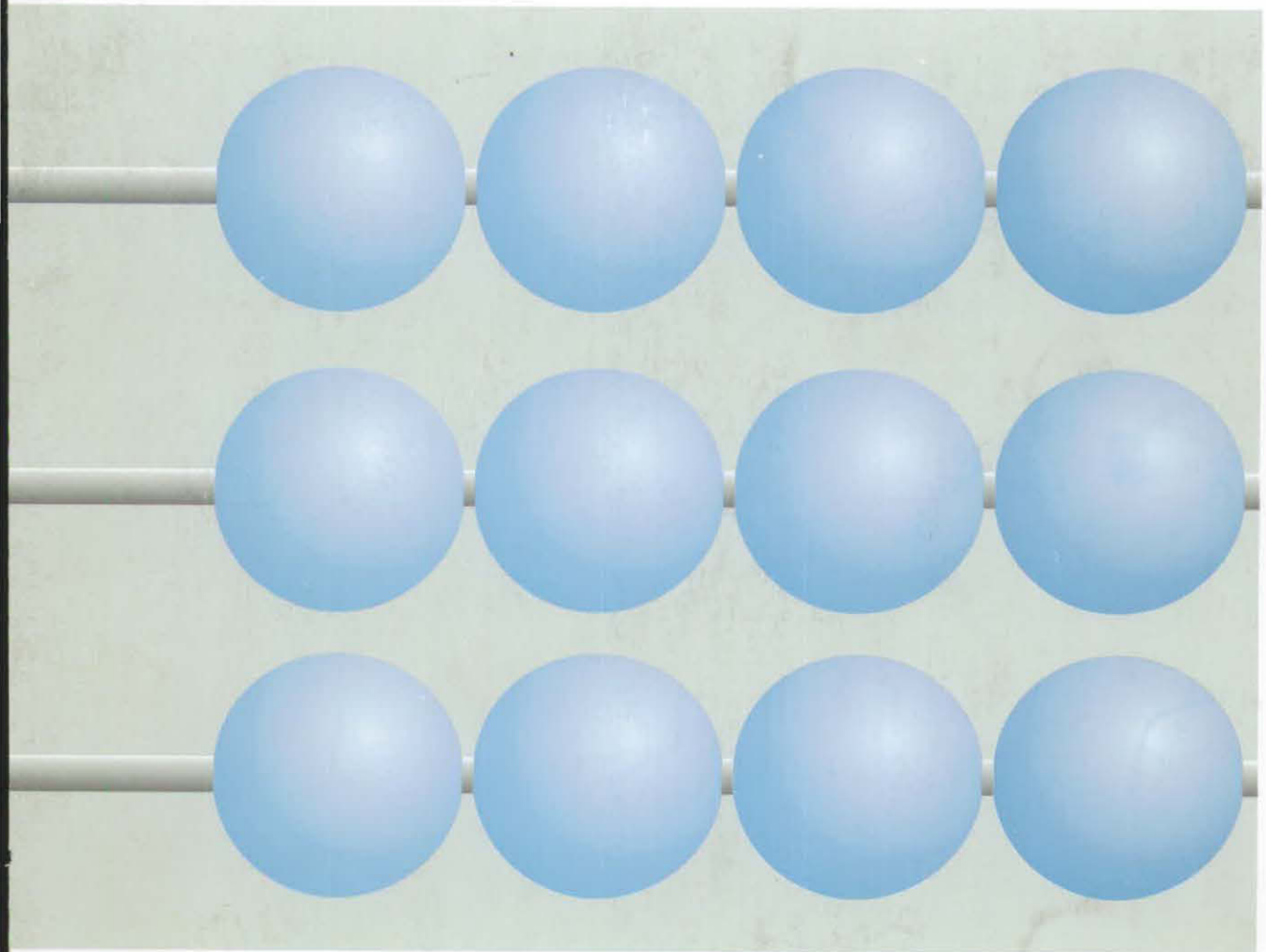


43. Jahrgang, Heft 12
Dezember 1991

Wahlen
Landwirtschaft
Buchbesprechungen

Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



**Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein**

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Fröbelstraße 15-17
Postfach 1141
2300 Kiel 1

Telefon (0431) 6895-0
Telefax (0431) 6895 498
Btx * 444 50 #

Schriftleitung:
Bernd Struck
App. 286

Vertrieb:
App. 280

Druck:
Hugo Hamann, Kiel

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 700

Einzelheft DM 3,--
Jahresbezug DM 30,--

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

43. Jahrgang

Heft 12

Dezember 1991

INHALT

Kurz gefaßt

242

Aufsätze

Wahlen und Wähler in Schleswig-Holstein

243

Landwirtschaft in Schleswig-Holstein

252

Buchbesprechungen

Frauen in Schleswig-Holstein

261

Ergebnisse zur Umweltökonomischen Gesamtrechnung

261

Entwicklung im Bild

263

Beilage

Zahlenbeilage

Auch 1990 Bevölkerungswachstum

Die schleswig-holsteinische Bevölkerung nahm auch im Jahre 1990 wieder stark zu, und zwar um 31 521 Einwohner (+ 1,2 %) auf 2 626 127. Im Jahre 1989 hatte der Zuwachs 30 041 Einwohner betragen.

Aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung allein hätte die Einwohnerzahl wiederum abgenommen, denn 31 461 Sterbefällen standen nur 29 046 Geborene gegenüber.

Wie auch 1989 wurde der Gestorbenenüberschuß durch einen hohen Wanderungsgewinn um ein Vielfaches überkompensiert. 1990 zogen 153 275 Personen nach Schleswig-Holstein, und 119 339 verließen das Land. 33 936 Neubürger wurden also durch Zuwanderung gewonnen, was eine nochmalige Steigerung gegenüber 1989 bedeutet, und zwar um gut 700 Personen. Der gegenüber 1989 sprunghafte Anstieg im Volumen der Zu- und Fortzüge ergibt sich im wesentlichen aus der Aufnahme von Aussiedlern im Erstaufnahmehaus Schönberg/Holstein, die nach dem Aufnahmeverfahren an andere Bundesländer weitergeleitet werden.

Der Wanderungsgewinn 1990 ergab sich unter anderem aus folgenden Salden: + 18 052 Personen gegenüber der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und + 58 752 gegenüber dem Ausland, vor allem begründet durch den Zuzug der Aussiedler.

Weniger Gästebetten

Am 1. Juli 1991 gab es in Schleswig-Holstein 4 076 Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschl. Jugendherbergen) und 290 Campingplätze mit 6 und mehr Stellplätzen. Gegenüber dem 1. Juli 1990 verringerte sich damit die Zahl der Beherbergungsstätten um 28 und die der Campingplätze um einen. Die Zahl der Gästebetten, die in diesen Beherbergungsstätten für den Reiseverkehr bereitstanden, ging per Saldo um 279 oder 0,2 % auf 153 800 Betten zurück.

Aufkommen aus staatlichen Steuern kräftig gestiegen

Das Aufkommen aus staatlichen Steuern betrug im dritten Quartal 1991 in Schleswig-Holstein 3,6 Mrd. DM und lag damit um 21 % über dem Ergebnis des Vorjahres. Die gemeinschaftlichen Steuern, mit 3,3 Mrd. DM der bei weitem größte Posten, nahmen um 21 %, die Bundessteuern (53 Mill. DM) um 10 % und die Landessteuern (223 Mill. DM) um 19 % zu.

In den ersten drei Quartalen dieses Jahres sind in Schleswig-Holstein 10,2 Mrd. DM an staatlichen Steuern aufgekomen, 17 % mehr als im Vorjahr. Die gemeinschaftlichen Steuern sind mit 18 % etwas stärker gestiegen. Von ihnen hatten die Steuern vom Umsatz den höchsten Anstieg. Bei der gewichtigsten Einzelsteuer, der Lohnsteuer, gab es einen Zuwachs um 18,3 % auf 4,3 Mrd. DM.

Mehr Gäste und mehr Übernachtungen

Im August 1991 wurden in den schleswig-holsteinischen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten 542 000 Gästeankünfte und 3,5 Mill. Übernachtungen gezählt, das sind 8,3 % mehr Gästeankünfte und 8,5 % mehr Übernachtungen als im August 1990.

In den Monaten Januar bis August 1991 zusammen stieg die Zahl der Gästeankünfte gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 6,5 % und die der Übernachtungen um 6,0 % an.

Wahlen und Wähler in Schleswig-Holstein

Die Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein beabsichtigt, im Frühjahr 1992 eine politische Landeskunde von Schleswig-Holstein herauszugeben. Der folgende Aufsatz ist einer der insgesamt etwa 30 Einzelbeiträge dazu. Er wird hier mit freundlicher Genehmigung der Landeszentrale vorabgedruckt. Der Autor ist Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes.

Kommunalwahlen

Wahlsystem

Im gerade von der britischen Militärregierung geschaffenen Land Schleswig-Holstein wurde als erste demokratische Wahl die Kommunalwahl am 13. Oktober 1946 (hier und in den weiteren Ausführungen für Gemeindevahl in den kreisfreien Städten und Kreiswahl in den Kreisen verwendet) durchgeführt. Es wurde nicht, wie in der ehemaligen preußischen Provinz Schleswig-Holstein, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, sondern in Anlehnung an das britische Wahlrecht nach einer modifizierten Mehrheitswahl gewählt. Der Verhältnisausgleich hatte nur eine untergeordnete Rolle.

Der nun für die Gesetzgebung zuständige schleswig-holsteinische Landtag verabschiedete das erste Gemeinde- und Kreiswahlgesetz zur Kommunalwahl

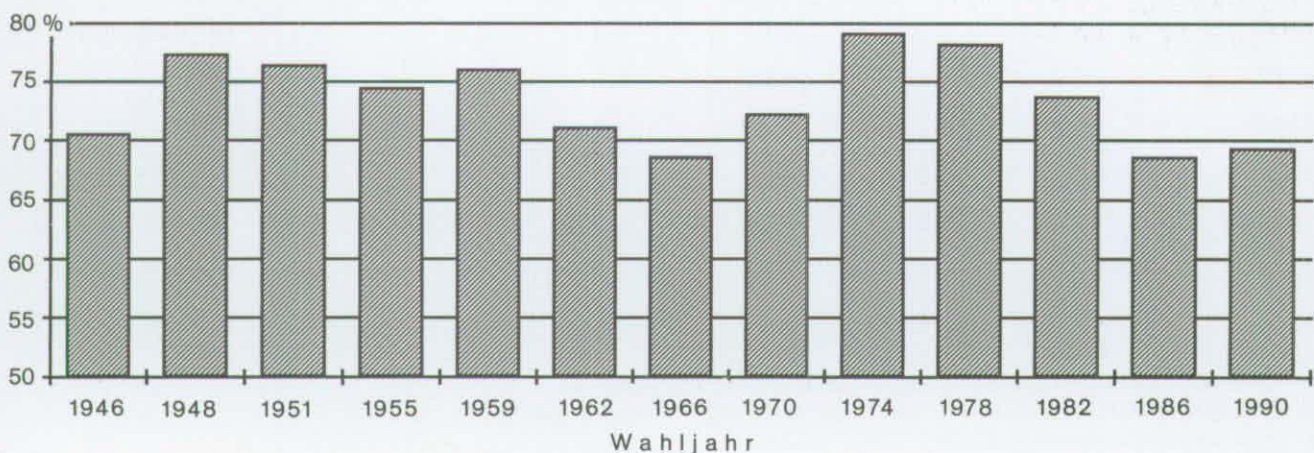
1948. Darin war die Mehrheitswahl mit Verhältnisausgleich festgelegt. Am Verhältnisausgleich konnten aber nur solche Parteien teilnehmen, die mindestens 10 % der gültigen Stimmen erhalten hatten. Außerdem entfiel die jährliche Wiederholungswahl eines Drittels der Vertreter. Für die Verteilung der Listensitze wurde das noch heute gültige d'Hondt'sche Höchstzahlenverfahren eingeführt.

Das Gesetz zur Kommunalwahl 1955 brachte den vollen Verhältnisausgleich, indem alle für die Direktbewerber abgegebenen Stimmen zur Berechnung der Gesamtsitzzahl verwendet wurden. Seit dieser Wahl können aber nur solche Wahlvorschläge an der Sitzverteilung teilnehmen, die mindestens einen Bewerber direkt durchgebracht oder 5 % der gültigen Stimmen erhalten haben.

Da bei dem seit 1955 angewandten Verfahren Überhangmandate auftreten können, wurde zur Kommunalwahl 1966 ein Ausgleich durch „weitere“ Sitze geschaffen, der noch heute Bestand hat. Am Beispiel der Kommunalwahl 1990 in Flensburg soll die Berechnung gezeigt werden. Für die SPD ergab sich nach ihrem Stimmenanteil eine Gesamtsitzzahl von 18. Sie hatte aber 19 direkte Sitze gewonnen, und dieser eine Mehrsitz verblieb ihr selbstverständlich. Um den verhältnismäßigen Sitzanteil wieder herzustellen, wurden solange

Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

D 5971 Stat. LA S-H



Sitze auf alle Parteien verteilt bis dieses Ziel erreicht ist. Die Zahl der weiteren Sitze darf aber höchstens doppelt so groß sein wie die der ursprünglichen Mehrsitze, im Beispiel also zwei. Die Berechnung ergab, daß sowohl CDU als auch SSW jeweils einen weiteren Sitz erhielten. Die Gesamtzahl der Sitze erhöhte sich dadurch in Flensburg um drei (ein Mehrsitz und zwei weitere Sitze) von 43 auf 46.

Wahlberechtigte und Wähler

Seit der Kommunalwahl 1970 können die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein ab dem 18. Lebensjahr wählen. Vorher lag das aktive Wahlalter bei 21. Bei den ersten drei Kommunalwahlen waren zusätzlich die durch ihre NS-Vergangenheit Belasteten vom Wahlrecht ausgeschlossen. Außerdem durften anfangs viele Flüchtlinge wegen der Ansässigkeitsfristen nicht wählen, so daß 1946 nur wenig mehr als die Hälfte der Wohnbevölkerung wahlberechtigt war. Heute macht der Anteil etwa drei Viertel aus.

Die Wahlbeteiligung ist bei Kommunalwahlen nie sehr hoch gewesen. Daran änderte auch die 1959 einge-

führte Möglichkeit der Briefwahl nichts. Sie liegt im Durchschnitt etwa bei 75 % und weist eine abnehmende Tendenz auf. So gingen bei den beiden letzten Kommunalwahlen weniger als 70 % der Wahlberechtigten zur Wahl.

Stimmenverteilung

Mit eigenen Wahlvorschlägen sind nur die SPD und der SSW (1946 und 1948: Südschleswigscher Verein) bei allen Kommunalwahlen vertreten gewesen. Die CDU und die F.D.P. hatten sich 1951 und 1955 mit anderen Parteien zu Gruppen zusammengeschlossen. Nachdem dies nicht mehr möglich war, traten sie seit 1959 ununterbrochen an. Alle anderen Parteien, die teilweise recht erfolgreich waren wie der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE, ab 1955: Gesamtdeutscher Block/BHE, und schließlich ab 1962: GDP — Gesamtdeutsche Partei), sind im Laufe der Zeit aus der Parteienlandschaft verschwunden. Geblieben sind einzelne Wählergruppen, die aber überwiegend nicht vergleichbar sind. Sie sind in den Kreisen nicht so erfolgreich wie in den kreisangehörigen Gemeinden. Dort stellen sie häufig die Gemeindevertretung allein,

Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

Wahljahr	Wahlbeteiligung in %	Von den gültigen Stimmen entfallen in % auf					Andere ¹⁾
		CDU	SPD	F.D.P.	SSW		
1946	70,6	37,3	41,0	6,1	8,3 ^{a)}	5,1	KPD
1948	77,4	38,0	39,7	5,7	7,3 ^{a)}	3,3	KPD
1951	76,5	.	29,9	.	5,4	40,4	Parteiengruppen ²⁾
1955	74,5	(8,2)	33,2	.	3,9	38,6	Parteiengruppen ²⁾
1959	76,1	39,9	36,9	8,9	2,9	8,1	GB/BHE
1962	71,2	42,3	38,3	10,7	2,5	4,8	GDP
1966	68,7	45,1	39,8	9,8	2,2	2,2	Wählergruppen
1970	72,3	45,4	43,5	5,7	1,7	2,4	NPD
1974	79,2	53,1	35,6	9,0	1,6	0,5	DKP
1978	78,3	49,2	40,5	7,3	1,7	0,7	Wählergruppen
1982	73,8	50,1	34,6	6,8	1,8	3,1	GRÜNE
1986	68,7	44,2	40,3	4,4	1,7	7,4	GRÜNE
1990	69,4	41,3	42,9	6,1	1,6	6,0	GRÜNE

1) Zuvor nicht genannter Wahlvorschlag mit dem größten Stimmenanteil
 2) Unterschiedliche Zusammensetzungen in den einzelnen Kreisen, vor allem CDU und F.D.P.
 a) einschließlich Sozialdemokratische Partei Flensburg

weil keine Partei antritt. Seit 1982 sind die GRÜNEN in den Kommunalparlamenten vertreten. Alle anderen Parteien, so auch die NPD, blieben erfolglos.

Die CDU ist bei Kommunalwahlen recht erfolgreich gewesen. Anfangs nahm sie hinter der SPD den zweiten Platz ein. Dann bildete sie zusammen mit anderen Parteien (F.D.P., Deutsche Partei, BHE, Deutsche Konservative Partei u.a.) erfolgreich eine Gruppe, um anschließend allein stärkste Partei zu werden. Von 1974 bis 1982 vereinigte sie sogar fast oder mehr als die Hälfte der Stimmen auf sich. Bei der Kommunalwahl 1990 mußte die CDU der SPD den Vortritt lassen.

Die SPD nahm nur 1946 und 1948 sowie bei der letzten Kommunalwahl den ersten Platz ein. In den dazwischen liegenden Jahren, bis auf 1970, war der Rückstand zur CDU meist recht deutlich. Die SPD schnitt in den kreisfreien Städten durchweg besser ab als in den Kreisen. So erzielte sie in der Landeshauptstadt Kiel nicht selten die absolute Mehrheit.

Der SSW ist zwangsläufig im Norden unseres Landes am stärksten vertreten. Er hatte seine beste Zeit bei den ersten Kommunalwahlen. In Flensburg erhielt er bis 1959 mehr Stimmen als alle anderen Parteien.

nissen der Kommunalwahl 1946 basierte. Dieser schuf die rechtliche Grundlage für die erste Landtagswahl am 20. April 1947. Anstelle der bis 1933 gültigen reinen Verhältniswahl mit parteigebundenen Listen wurde die Mehrheitswahl mit Verhältnisausgleich eingeführt. Dem Verhältnisausgleich wurde dabei lediglich eine begrenzte Ausgleichsfunktion über Landeslisten eingeräumt. Für die Berechnung der Sitze aus den Landeslisten wurde das noch heute gültige Höchstzahlenverfahren nach d'Hondt verwendet. Die sogenannte 5 %-Sperrklausel wurde 1950 eingeführt. Sie galt bis 1958 auch für die Partei der dänischen Minderheit, den SSW.

Zur Landtagswahl 1954 wurde das Wahlsystem entscheidend geändert. Die bisherige Mehrheitswahl mit teilweise Verhältnisausgleich wurde durch eine Mehrheitswahl mit vollem Verhältnisausgleich ersetzt. Danach werden die Sitze nicht mehr getrennt für Wahlkreise und Liste, sondern insgesamt berechnet. Dabei können Überhangmandate auftreten, was aber bisher noch nicht der Fall gewesen ist. Trotzdem wird es ab der Landtagswahl 1992, wie bei den Kommunalwahlen (siehe dort), für den Eventualfall zum Ausgleich „weitere“ Sitze geben. Das 1954 eingesetzte Wahlsystem gilt im wesentlichen noch heute.

Landtagswahlen

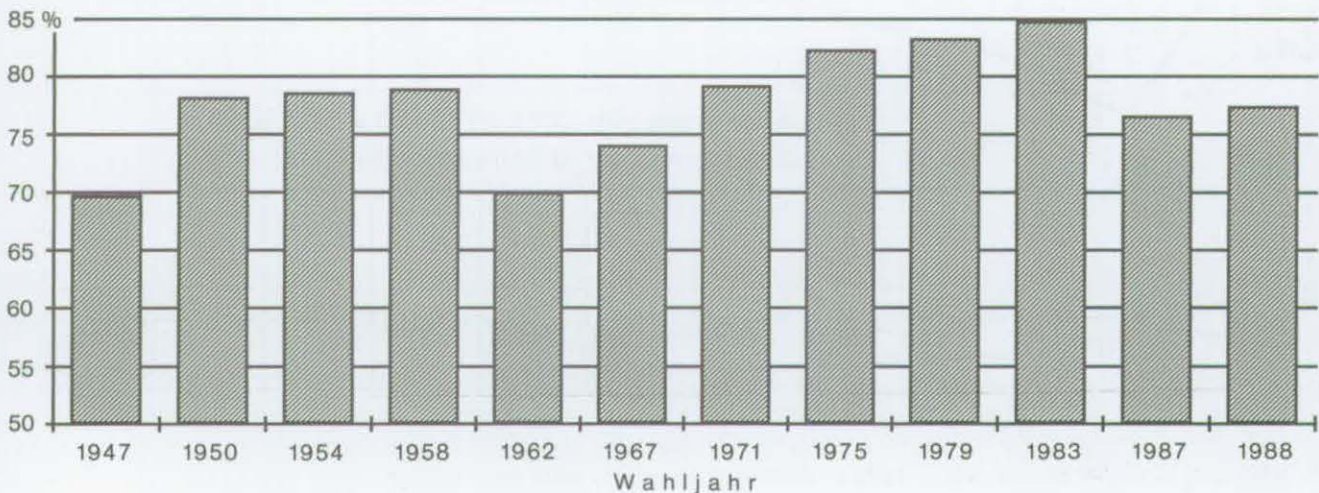
Wahlsystem

Die beiden ersten Landtage sind von der britischen Militärregierung ernannt worden, wobei die Zusammensetzung des 2. ernannten Landtages auf den Ergeb-

Erwähnt werden soll noch, daß seit 1967 die Einwohnerzahl eines Wahlkreises um nicht mehr als 25 % von der durchschnittlichen Einwohnerzahl aller Wahlkreise abweichen darf. Deshalb ist für die Landtagswahl 1992 die schon 1988 fällige neue Wahlkreiseinteilung vorgenommen worden. Es wird statt 44 dann 45 Wahlkreise geben.

Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

D 5972 Stat. LA S-H



Wahlberechtigte und Wähler

Bei den ersten Landtagswahlen war das aktive Wahlrecht stärker eingeschränkt als heute. Neben der Lebensalter (21 Jahre) und Wohnsitzvoraussetzung (drei Monate in Schleswig-Holstein) waren von der NS-Vergangenheit belastete Personen von der Wahl ausgeschlossen, so daß sich nur rund sechs Zehntel der Wohnbevölkerung an der Wahl beteiligen konnten. Heute sind es etwa drei Viertel.

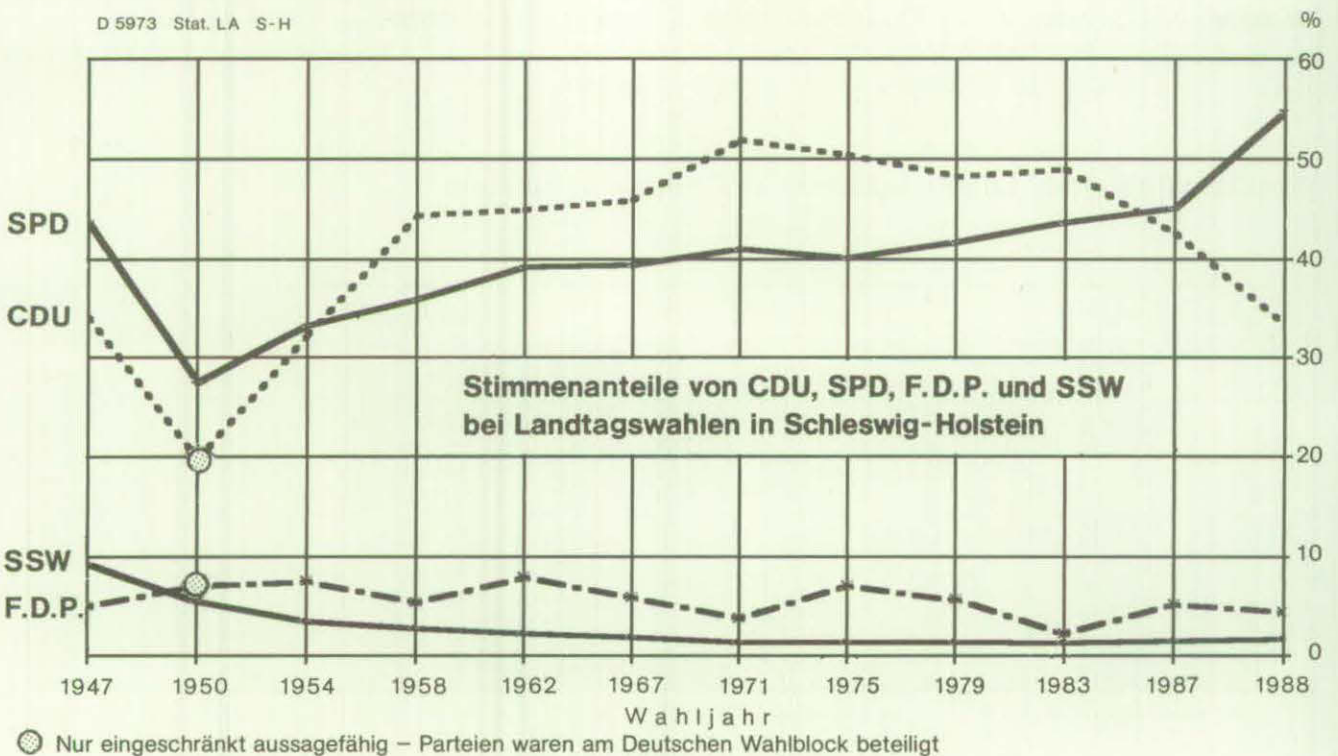
Die Schleswig-Holsteiner gehen häufiger zur Landtagswahl als zur Kommunalwahl. Nur 1947 und 1962 war die Wahlbeteiligung niedriger als bei entsprechenden Kommunalwahlen. Nach 1962 stieg sie kontinuierlich an und erreichte 1983 mit 84,8 % ihren Spitzenwert. Seitdem ist sie wieder unter 80 % gesunken. Die älteren Wahlberechtigten waren durchweg wahlfreudiger als die jüngeren.

Stimmen- und Sitzverteilung

Die SPD ging aus der ersten Landtagswahl als eindeutig stärkste Partei hervor und konnte die Regierung allein bilden, da sie — begünstigt durch die Dominanz des Mehrheitswahlrechts — mit knapp 44 % der Stimmen über sechs Zehntel der Sitze errang. Auf eine Wiederholung dieses Erfolges mußte sie über vierzig Jahre warten. Sie erhielt zwar auch 1950 und 1954 die meisten Stimmen, fand aber nicht den zum Regieren not-

wendigen Koalitionspartner. In der Folgezeit vermochte es die SPD trotz wachsender Stimmenanteile nicht, den Spitzenplatz zu halten. Sie wurde vielmehr von der CDU überflügelt, und das meist deutlich. Nur einmal, 1979, wäre es der SPD fast gelungen, mit Hilfe der F.D.P. die CDU-Regierung abzulösen. Erst 1987 eroberte die SPD den ersten Platz zurück. Die Sitzverteilung ergab jedoch ein Patt zwischen Regierungskoalition (CDU, F.D.P.) und Opposition (SPD, SSW). Nicht zuletzt wegen der „Barschel-Affäre“ einigten sich die Parteien auf Neuwahlen im Mai 1988. Die SPD erzielte dabei einen totalen Triumph. Sie errang mit 54,8 % nicht nur die absolute Mehrheit, sondern brachte auch alle 44 Wahlkreiskandidaten durch. Einen solchen Erfolg hatte es in Schleswig-Holstein bisher noch nicht gegeben. Auch vom Alter der Wähler her gesehen wurde er auf breiter Basis errungen. Die SPD erhielt in allen Altersgruppen der Männer und Frauen die meisten Stimmen und, außer bei den 60 Jahre und älteren Wählern, auch die absolute Mehrheit.

Die CDU konnte zwar erst 1958 den ersten Platz erringen, sie bildete aber sowohl 1950 als auch 1954 nach längeren Verhandlungen zusammen mit F.D.P. und BHE bzw. GB/BHE die Regierung. Bei den anschließenden Landtagswahlen verbesserte die CDU ihre Stimmenanteile stetig und erreichte 1971 mit 51,9 % ihr bestes Ergebnis. In den beiden folgenden Wahlen hielt die CDU trotz leichter Einbußen dieses hohe Niveau und errang jeweils die absolute Mehrheit der Sitze. Dabei



Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

Wahljahr	Wahlbeteiligung in %	Von den gültigen Stimmen entfallen in % auf					Andere ¹⁾
		CDU	SPD	F.D.P.	SSW		
1947	69,8	34,1	43,8	5,0	9,3	4,7	KPD
1950	78,2	(19,8) ^{a)}	27,5	(7,1) ^{a)}	5,5	23,4	BHE
1954	78,6	32,2	33,2	7,5	3,5	14,0	GB/BHE
1958	78,9	44,4	35,9	5,4	2,8	6,9	GB/BHE
1962	70,1	45,0	39,2	7,9	2,3	4,2	GDP
1967	74,1	46,0	39,4	5,9	1,9	5,8	NPD
1971	79,2	51,9	41,0	3,8	1,4	1,3	NPD
1975	82,3	50,4	40,1	7,1	1,4	0,5	NPD
1979	83,3	48,3	41,7	5,7	1,4	2,4	GRÜNE
1983	84,8	49,0	43,7	2,2	1,3	3,6	GRÜNE
1987	76,6	42,6	45,2	5,2	1,5	3,9	GRÜNE
1988	77,4	33,3	54,8	4,4	1,7	2,9	GRÜNE

1) Zuvor nicht genannter Wahlvorschlag mit dem größten Stimmenanteil

a) CDU, F.D.P. und DP (Deutscher Wahlblock) traten nur mit jeweils einem Kandidaten einer Partei in den Wahlkreisen an.

Sitzverteilung bei Landtagswahlen in Schleswig-Holstein

Wahljahr	Insgesamt	CDU	SPD	F.D.P.	SSW	Andere
1947	70 (42)	21 (6)	43 (34)	-	6 (2)	-
1950	69 (46)	16 (16)	19 (8)	8 (8)	4 (2)	22 (12) ^{a)}
1954	69 (42)	25 (19)	25 (22)	5 (-)	-	14 (1) ^{b)}
1958	69 (42)	33 (32)	26 (10)	3 (-)	2 (-)	5 (-) ^{c)}
1962	69 (42)	34 (29)	29 (13)	5 (-)	1 (-)	-
1967	73 (44)	34 (34)	30 (10)	4 (-)	1 (-)	4 (-) ^{d)}
1971	73 (44)	40 (35)	32 (9)	-	1 (-)	-
1975	73 (44)	37 (36)	30 (8)	5 (-)	1 (-)	-
1979	73 (44)	37 (34)	31 (10)	4 (-)	1 (-)	-
1983	74 (44)	39 (33)	34 (11)	-	1 (-)	-
1987	74 (44)	33 (16)	36 (28)	4 (-)	1 (-)	-
1988	74 (44)	27 (-)	46 (44)	-	1 (-)	-

Zahlen in Klammer: direkte Sitze

a) BHE 15 (5), DP 7 (7); b) GB/BHE 10 (1), SHB 4 (-); c) GB/BHE; d) NPD

konnte die CDU vor allem auf die älteren Wahlberechtigten setzen, die einen relativ hohen Anteil stellen, und die ländlichen Wahlkreise erwiesen sich als Bank. Bei der Landtagswahl 1987 mußte sie den ersten Platz an die SPD abgeben, und 1988 gab es aus den bekannten Gründen eine erdrutschartige Niederlage. Die CDU erhielt nur 33,3 % der gültigen Stimmen und damit weniger als jemals zuvor.

Die F.D.P. mußte häufig um ihren Einzug in den Landtag bangen. Sie schaffte ihn 1947, 1971, 1983 und 1988 nicht und 1958 sowie 1987 nur knapp. Die besten Ergebnisse sprangen für die F.D.P. 1962 (7,9 %) und 1954 (7,5 %) heraus.

Der SSW (1947: SSV) war bei der ersten Landtagswahl mit 9,3 % drittstärkste Partei im Lande, obwohl er nur im nördlichen Landesteil kandidierte. Er kam dabei in der kreisfreien Stadt Flensburg auf über sechs Zehntel der gültigen Stimmen. Das änderte sich aber schon 1950, als er insgesamt 5,5 % erzielte. Seit 1962 ist er nur auf Grund seines Minderheitenstatus (Die 5 %-Klausel findet bei ihm keine Anwendung) im Landtag mit einem Abgeordneten vertreten.

Bis Ende der fünfziger Jahre waren auch noch andere Parteien im Landtag vertreten. Hier ist vor allem der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE, später Gesamtdeutscher Block/BHE und schließlich GDP — Gesamtdeutsche Partei) zu nennen, der 1950 auf Anhieb zweitstärkste Partei mit 23,4 % wurde und 1954 noch 14,0 % erhielt. Dann machten sich Auflösungserscheinungen bemerkbar, und 1962 trat die GDP letztmals an. Dafür war die NPD einmal, nämlich 1967, mit 5,8 % erfolgreich, und sie errang vier Sitze. Außerdem waren noch die Deutsche Partei (DP) 1950 und der Schleswig-Holstein Block (SHB) 1954 im Landtag vertreten. Den GRÜNEN ist dies bisher nicht gelungen.

Bundestagswahlen

Wahlsystem

Den Bundestagswahlen liegt das System der personalisierten Verhältniswahl zugrunde. Der eine Teil der Abgeordneten (1949 sechs Zehntel, seither die Hälfte) wird durch relative Mehrheitswahl in den Wahlkreisen gewählt und der andere durch Verhältniswahl aus starren Landeslisten. Da aber die insgesamt zu vergebenden Sitze nach dem zahlenmäßigen Verhältnis der erzielten Gesamtstimmen zwischen den Wahlvorschlägen verteilt werden, dominiert letztlich die Verhältniswahl. Die Sitzverteilung wurde bis zur Bundestagswahl 1983 nach dem Höchstzahlverfahren des belgischen Mathematikers d'Hondt berechnet. Seit 1987 wird das Verfahren

der mathematischen Proportion des deutschen Mathematikers Niemeyer verwendet. Die 5 %-Sperrklausel galt von Anfang an. Die Sitzverteilung wurde jedoch 1949 und 1953 innerhalb der Länder vorgenommen (Landesproporz) und seit 1957 auf Bundesebene (Bundesproporz). Zur Bundestagswahl 1949 hatten die Wahlberechtigten nur eine Stimme, die sowohl für die Wahl in den Wahlkreisen als auch die Gesamtsitzverteilung verwendet wurde. Seit 1953 können zum gleichen Zweck zwei, auch unterschiedliche, Stimmen abgegeben werden, wobei die Zweitstimme über die Gesamtsitzverteilung entscheidet und damit die gewichtigere ist.

Besondere Stichprobenerhebungen zeigen, daß vor allem die Zweitstimmenwähler der F.D.P. von der unterschiedlichen Stimmenabgabe Gebrauch machen.

Schleswig-Holstein war anfangs in 14 Bundestagswahlkreise eingeteilt. Durch die Bevölkerungsentwicklung (Flüchtlinge) wurde im gesamten Bundesgebiet eine Neueinteilung erforderlich, seit 1965 gibt es daher nur noch 11 schleswig-holsteinische Wahlkreise.

Wahlberechtigte und Wähler

Durch die große Zahl von Flüchtlingen waren 1949 über 1,7 Mill. Personen in Schleswig-Holstein wahlberechtigt. Durch Umsiedlungen ging diese Zahl anschließend deutlich zurück, und erst 1969 wurde der Stand von 1949 wieder erreicht. Heute sind es fast 2,1 Mill.

Die Wahlbeteiligung ist bei Bundestagswahlen deutlich höher als bei allen anderen Wahlen in Schleswig-Holstein. Sie liegt im Durchschnitt bei rund 87 % und damit um fast 10 Prozentpunkte über der bei Landtagswahlen. Zu den Bundestagswahlen 1972 und 1976 machte die Wahlbeteiligung mehr als 90 % aus. Seit 1987 ist jedoch ein deutlicher Rückgang erkennbar, der auch im übrigen Bundesgebiet zu verzeichnen ist.

Stimmen- und Sitzverteilung

Die Wahlergebnisse in Schleswig-Holstein zeigen, daß die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Wahlverhalten sehr wohl zwischen den einzelnen Wahlarten unterscheiden. So ist es nicht selten vorgekommen, daß die Partei, die im schleswig-holsteinischen Landtag in der Opposition stand, bei Bundestagswahlen besser abschnitt als die Regierungspartei.

Die CDU hat bei den meisten Bundestagswahlen in Schleswig-Holstein mehr (Zweit-) Stimmen erhalten als die SPD. Sie erreichte aber, anders als bei Landtagswahlen, nie die absolute Mehrheit der Stimmen, was

Bundestagswahlen in Schleswig-Holstein

Wahljahr	Wahl- beteiligung in %	Von den gültigen Stimmen ¹⁾ entfallen in % auf			
		CDU	SPD	F.D.P.	Andere ²⁾
1949	82,7	30,7	29,6	7,4	12,1 DP
1953	88,5	47,1	26,5	4,5	11,6 BHE
1957	88,7	48,1	30,8	5,6	8,3 GB/BHE
1961	88,0	41,8	36,4	13,8	3,9 GDP
1965	85,9	48,2	38,8	9,4	2,4 NPD
1969	86,0	46,2	43,5	5,2	4,3 NPD
1972	90,5	42,0	48,6	8,6	0,5 NPD
1976	90,6	44,1	46,4	8,8	0,3 NPD
1980	89,0	38,9	46,7	12,7	1,4 GRÜNE
1983	89,2	46,5	41,7	6,3	5,2 GRÜNE
1987	84,4	41,9	39,8	9,4	8,0 GRÜNE
1990	78,6	43,5	38,5	11,4	4,0 GRÜNE

1) 1949 hatten die Wähler nur eine Stimme, ab 1953 Zweitstimmen

2) Zuvor nicht genannter Wahlvorschlag mit dem größten Stimmenanteil

Sitzverteilung bei Bundestagswahlen in Schleswig-Holstein

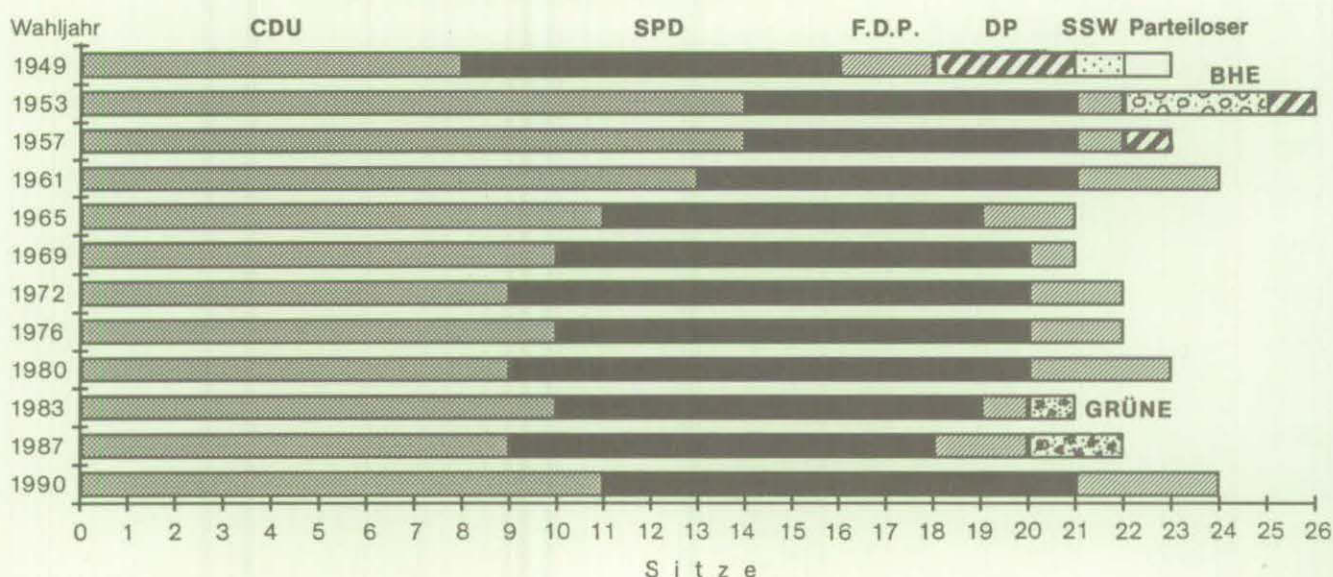
Wahljahr	Insgesamt	CDU	SPD	F.D.P.	Andere
1949	23 (14)	8 (7)	8 (6)	2 (-)	5 (1) ^{a)}
1953	26 (14)	14 (14)	7 (-)	1 (-)	4 (-) ^{b)}
1957	23 (14)	14 (14)	7 (-)	1 (-)	1 (-) ^{c)}
1961	24 (14)	13 (13)	8 (1)	3 (-)	-
1965	21 (11)	11 (10)	8 (1)	2 (-)	-
1969	21 (11)	10 (7)	10 (4)	1 (-)	-
1972	22 (11)	9 (2)	11 (9)	2 (-)	-
1976	22 (11)	10 (5)	10 (6)	2 (-)	-
1980	23 (11)	9 (-)	11 (11)	3 (-)	-
1983	21 (11)	10 (9)	9 (2)	1 (-)	1 (-) ^{d)}
1987	22 (11)	9 (8)	9 (3)	2 (-)	2 (-) ^{d)}
1990	24 (11)	11 (9)	10 (2)	3 (-)	-

Zahlen in Klammern: direkte Sitze

a) DP 3 (-); SSW 1 (-); Parteiloser 1 (1); b) BHE 3 (-); DP 1 (-); c) DP; d) GRÜNE

Sitzverteilung bei Bundestagswahlen in Schleswig-Holstein

D 5975 Stat. LA S-H



ihr aber 1953 bis 1965 bei den Sitzen gelang. Am besten schnitt die CDU 1957 und 1965 mit 48,1 % und 48,2 % ab. Der Vorsprung gegenüber der SPD war jedoch 1953 mit über 20 Prozentpunkten am größten. Im Jahre 1969 war der Vorsprung schon recht knapp — CDU und SPD kamen auf jeweils 10 Sitze —, und bei den drei folgenden Wahlen wurde die CDU vom Spitzenplatz durch die SPD abgelöst. Seit 1983 erhielt die CDU wieder die meisten Zweitstimmen in Schleswig-Holstein.

Die SPD konnte bei der ersten Wahl zum Deutschen Bundestag nicht an ihr zwei Jahre zuvor bei der Landtagswahl erzieltetes gutes Ergebnis herankommen. Sie blieb viel mehr unter einem Anteil von 30 %. Vier Jahre später schrumpfte ihr Anteil sogar noch weiter. Erst ab 1957 ging es langsam aufwärts, und 1969 wurde die Sitzgleichheit mit der CDU erzielt. Zur Bundestagswahl 1972 überflügelte die SPD die CDU und erreichte mit 48,6 % ihr bestes Ergebnis aller Bundestagswahlen in Schleswig-Holstein. Die Spitzenposition konnte die SPD über drei Wahlperioden halten und dabei 1980 sogar alle Wahlkreise direkt erringen. Seither sind ihre Zweitstimmenanteile wieder zurückgegangen, 1990 kam sie auf 38,5 %. Im Gegensatz zu den ersten Wahlen ist aber der Rückstand zur CDU nicht sehr groß.

Die F.D.P. schnitt in der Regel bei Bundestagswahlen in Schleswig-Holstein besser ab als bei Landtagswahlen. Sie brachte durchweg Kandidaten über die Landesliste durch, und sie ist seit 1961 drittstärkste Partei. Bei drei Wahlen (1961, 1980 und 1990) erhielt sie mehr als

ein Zehntel der Zweitstimmen, und nur 1953 blieb sie mit 4,5 % unter 5 %. Im jetzigen Bundestag stellt die F.D.P. drei Abgeordnete.

Der SSW nahm an den ersten vier Bundestagswahlen teil. Er war 1949 mit einem Abgeordneten im Bundestag vertreten. Seine Anteile gingen stetig von 5,4 % auf zuletzt 1,9 % zurück. Ab 1965 verzichtete der SSW auf eine Kandidatur.

Bemerkenswert ist, daß es 1949 einem Parteilosen gelang, einen Wahlkreis direkt zu gewinnen und damit in den Bundestag einzuziehen. Er wurde allerdings von mehreren Parteien unterstützt, die in diesem Wahlkreis keine eigenen Bewerber aufstellten.

Von den anderen Parteien waren anfangs einige recht erfolgreich: 1949 erhielt die DP 12,1 % der Stimmen und 3 Sitze, 1953 kam der BHE auf 11,6 % und 3 Sitze, 1957 erreichte der GB/BHE 8,3 % und einen Sitz. Danach teilten sich CDU, SPD und F.D.P. die Sitze. Die GRÜNEN erzielten, nach einem vergeblichen Anlauf 1980, 1983 einen Sitz und 1987 zwei Sitze. Im neuen Bundestag sind sie nicht mehr vertreten.

Europawahlen

Wahlsystem

Die erste Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments fand nach langwierigen Anlaufschwierigkeiten am 10. Juni 1979 statt. Diese Wahlen werden zwar nach den Grundsätzen des Bundeswahlgesetzes

Europawahlen in Schleswig-Holstein

Wahljahr	Wahlbeteiligung in %	Von den gültigen Stimmen entfallen in % auf					Andere ¹⁾
		CDU	SPD	F.D.P.	GRÜNE		
1979	65,6	47,9	43,7	5,2	2,7	0,3	DKP
1984	57,5	44,4	39,9	4,5	8,2	1,1	FRIEDEN
1989	58,4	36,4	44,4	5,3	6,7	4,6	REP

1) Zuvor nicht genannter Wahlvorschlag mit dem größten Stimmenanteil

durchgeführt, es wird aber ein anderes Wahlsystem angewendet. Die Europawahl ist eine reine Verhältniswahl mit starren Listen. Es gibt keine Wahlkreise. Listenvorschläge können als gemeinsame Liste für alle Länder (Bundesliste) oder als Liste für ein Land (Landesliste) aufgestellt und eingereicht werden. Bei den drei bisherigen Europawahlen hat sich nur die CDU für eine Landesliste entschieden.

Wahlberechtigte und Wähler

Das Wahlinteresse für Europawahlen ist in Schleswig-Holstein, wie auch im übrigen Bundesgebiet, nicht sehr groß. Es ist geringer als bei allen anderen Wahlen. An der ersten Wahl beteiligten sich 65,6 % der Wahlberechtigten, an der zweiten 57,5 % und an der dritten 58,4 %.

Stimmenverteilung

Auch bei Europawahlen haben die „kleinen“ Parteien keine Chance, sich stärker ins Bild zu setzen. Das Rennen wurde allein zwischen CDU und SPD entschieden. Die ersten beiden Wahlen sah die CDU vorn und 1989 errang die SPD mit deutlichem Vorsprung die Spitze. Die F.D.P. erhielt nur jeweils um 5 % und wurde 1984 und 1989 von den GRÜNEN überflügelt. Die REPUBLIKANER kamen 1989 auf 4,6 %.

Walter Dahms

Literaturhinweise

Walter Dahms, Die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein 1946 bis 1978, Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 1982, S. 2

Walter Dahms,

Die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein nach 1945, Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 1983, S. 26

Versch. Autoren:

Aufsätze in Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein über Wahlergebnisse in Schleswig-Holstein, etwa drei Monate nach dem jeweiligen Wahltermin.

Statistische Berichte:

Das Statistische Landesamt gibt zu jeder Wahl Berichte in der Reihe B VII (Wahlen) heraus:

Vor der Wahl

- Ergebnisse vorangegangener Wahlen (mit Vergleichsergebnissen der jeweils letzten Wahlen)
- Aufgestellte Bewerber (bei Europa-, Bundes- und Landtagswahlen)
- Gesamtzahl der zu wählenden Vertreter (bei Kommunalwahlen)
- Zahl der Wahlberechtigten (bei Europa-, Bundes- und Landtagswahlen)
- Wahlberechtigte und Wahlbezirke, zugelassene Bewerber (bei Kommunalwahlen)

Am Tage nach der Wahl

- Vorläufige Ergebnisse (Kreis-, bzw. Wahlkreisergebnisse, Sitzverteilung, Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern)

Nach der Wahl

- Endgültiges Ergebnis (Vorwegergebnisse über Kreis- bzw. Wahlkreisergebnisse und Sitzverteilung)
- Endgültiges Ergebnis (Quellenwerk mit Kreis- bzw. Wahlkreis- und Gemeindeergebnissen)
- Wahlbeteiligung und Stimmenabgabe nach Alter und Geschlecht (Ergebnisse einer Stichprobenerhebung)

Landwirtschaft in Schleswig-Holstein

Die Landeszentrale für Politische Bildung Schleswig-Holstein beabsichtigt, im Frühjahr 1992 eine politische Landeskunde von Schleswig-Holstein herauszugeben. Der folgende Aufsatz ist einer der insgesamt etwa 30 Einzelbeiträge dazu. Er wird hier mit freundlicher Genehmigung der Landeszentrale vorabgedruckt. Die Autorin ist Mitarbeiterin des Statistischen Landesamtes.

In Schleswig-Holstein werden drei Viertel der Landesfläche von der Landwirtschaft genutzt, im (alten) Bundesgebiet sind dies nur 50 %.

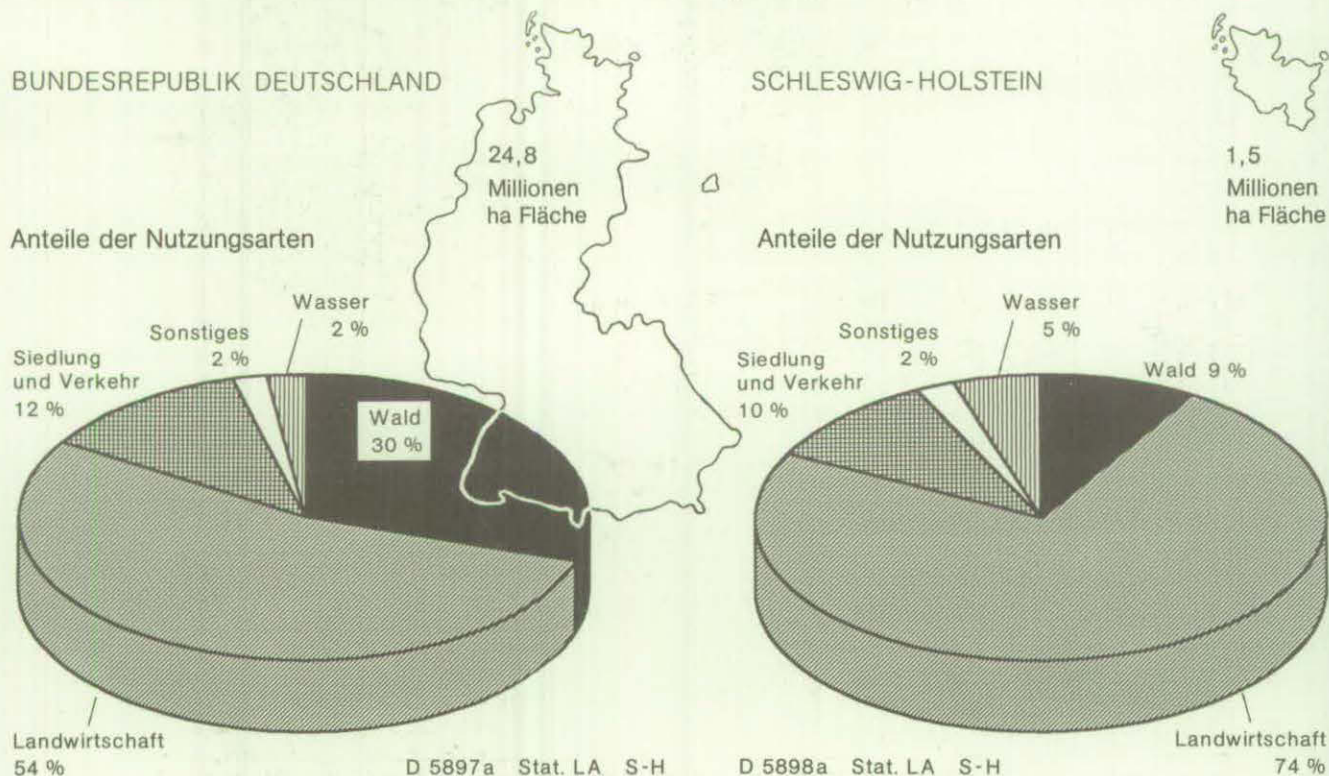
Zusammen mit den vor- und nachgelagerten Bereichen (das Ernährungsgewerbe zum Beispiel erwirtschaftet ein Viertel des gesamten Industrieumsatzes des Landes) ist die Landwirtschaft heute noch ein Wirtschaftszweig, der in Schleswig-Holstein von erheblicher Bedeutung ist. Er ist abhängig sowohl von politischen und gesamtwirtschaftlichen Faktoren als auch von den natürlichen Gegebenheiten des Landes.

Die Naturräume

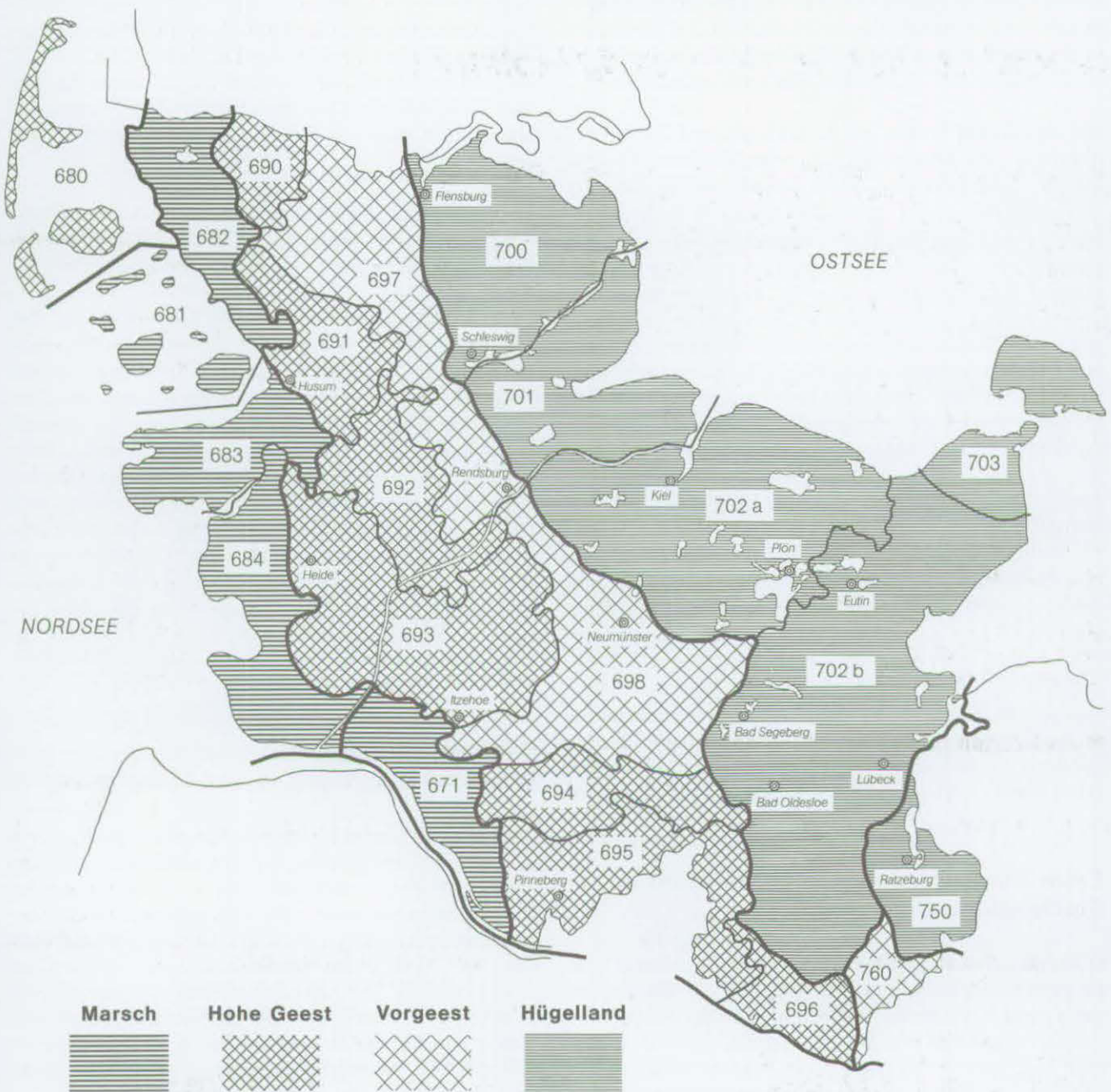
Schleswig-Holstein ist durch drei in ihrer Entstehung und Ausprägung unterschiedliche Hauptnaturräume gekennzeichnet. Im Westen finden wir die flache, nord-seenahe Marsch, im Osten das Hügelland und in der Mitte den sogenannten Mittelrücken des Landes, die Geest. Diese wird noch zusätzlich unterschieden in niedere und hohe Geest.

Die **Marsch** als Landschaft entstand unter dem ständigen Einfluß des Meeres. Zeiten der Überflutung wechselten mit Zeiten des Stillstandes oder sogar des Meeresrückzuges. In der Folge bildeten sich Schlick- und Feinsandablagerungen, die als sehr fruchtbar gelten. Hier muß jedoch noch einmal differenziert werden. Die Kleiböden der alten Marsch sind dichte, schwere Böden. Es gilt hier in bezug auf die Feuchtigkeit den richtigen Moment für die Bearbeitung zu finden, man spricht von „Minutenböden“, die viel Erfahrung und land-

Bodenflächen nach der Art der tatsächlichen Nutzung 1989



Naturräumliche Gliederung Schleswig-Holsteins



Marsch	Hohe Geest	Vorgeest	Hügelland

Schleswig-Holsteinische Marsch

- 681 Nordfriesische Marschinseln und Halligen
- 682 Nordfriesische Marsch
- 683 Eiderstedter Marsch
- 684 Dithmarscher Marsch

Untereibe-Niederung

- 671 Holsteinische Elbmarschen

Schleswig-Holsteinische Geest

- 680 Nordfriesische Geestinseln
- 690 Lecker Geest
- 691 Bredstedt-Husumer Geest
- 692 Eider-Treene-Niederung
- 693 Heide-Itzehoer Geest
- 694 Barmstedt-Kisdorfer Geest
- 695 Hamburger Ring
- 696 Lauenburger Geest
- 697 Schleswiger Vorgeest
- 698 Holsteinische Vorgeest

Schleswig-Holsteinisches Hügelland

- 700 Angeln
- 701 Schwansen, Dänischer Wohld
- 702a Ostholsteinisches Hügel- und Seenland (NW)
- 702b Ostholsteinisches Hügel- und Seenland (SO)
- 703 Nordoldenburg und Fehmarn

Mecklenburgische Seenplatte

- 750 Westmecklenburgisches Seen-Hügelland

Südwestliches Vorland der Mecklenburgischen Seenplatte

- 760 Südmecklenburgische Niederungen (mit Sandflächen und Lehmplatten)

wirtschaftliches Können erfordern. Häufig werden sie deshalb als Grünland genutzt. Die leichteren, gut durchlüfteten „jungen“ Marschen sind dagegen bester Ackerboden. Lebensmöglichkeiten bestanden und bestehen in der Marsch nur, wenn die Westküste eingedeicht wird, jede Sturmflut beweist das stets aufs neue.

Auf der **Geest** finden wir Altmoränen und Sanderflächen aus zwei aufeinanderfolgenden Eiszeiten. Es sind leichte, nährstoffarme Böden und besonders die sandigen Flächen neigen zur Podsolierung, d. h. die obere Schicht wird ausgelaugt und ausgewaschen, während sich in tieferen Schichten aus Humus und Eisenverbindungen der sogenannte „Ortstein“ bildet, der aufgebroschen werden muß, um den Kulturpflanzen eine ausreichende Durchwurzelungstiefe zur Verfügung zu stellen. Trotz aller moderner Bewirtschaftungsverfahren wirft Ackerbau auf der Geest auch heute noch Probleme auf, vor allem wegen des geringen Feuchtigkeitshaltvermögens des Bodens und der dadurch bedingten Trockenheit und Verwehungen. Diese Böden werden deshalb häufig als Grünland genutzt, und ein großer Teil der Rinderhalter ist auf der Geest zuhause.

Das **Östliche Hügelland** ist Teil einer langgestreckten Jungmoränenlandschaft zwischen Dänemark und dem Baltikum. Es ist gekennzeichnet durch unruhige Oberflächenformen, in der Eiszeit hervorgerufen durch unregelmäßig verschobene Eiszungen und mit Toteis ausgefüllte Senken, gut sichtbar in der ostholsteinischen Seenplatte. Die hier entstandenen Lehmböden gehören zu den besten Deutschlands und prägen mit ihren Raps- und Getreidefeldern heute die Landschaft.

Erste Strukturen mit Ostkolonisation und Erschließung Dithmarschens

Doch blicken wir zunächst zurück in die Geschichte und beginnen bei den germanischen Stämmen, die von der Jagd- und Weidewirtschaft lebten. Große Wälder bedeckten das Land und dieser Zustand hielt sich ungefähr bis zum Mittelalter. Dann jedoch begann der Raubbau. Nicht nur der enorme Holzbedarf des Schiffbaus, auch die Köhlereien schlugen große Lücken in den Bestand. Hinzu kam die jahrhundertlang betriebene Waldweide. Pferde, Schafe, Kühe und Schweine wurden zur Mast in den Wald getrieben, wo sie an den jungen Pflanzen großen Schaden anrichteten. Insbesondere die Eichelmast der Schweine war im 16. Jahrhundert das bevorzugte Mastverfahren.

Erste betriebliche Strukturen entstanden im Rahmen der Ostkolonisation, beginnend unter Heinrich dem Löwen im 12. Jahrhundert. Sie betrafen im wesentlichen Ostholstein. Klöster wurden gegründet, große Rittergüter

entstanden. Die Klosterwirtschaft des 13. Jahrhunderts hatte eine, wenn auch zunächst noch begrenzte, Bedeutung für die Landwirtschaft in Form von Modernisierungen, aber auch strukturellen Veränderungen. Die Siedler brachten eine Art der Dreifelderwirtschaft mit, die sich erst im 19. Jahrhundert durch Justus von Liebig's Erkenntnisse über den Bedarf der Pflanzen an Stickstoff, Kalium und Phosphor grundlegend ändern sollte.

Der Kolonisierung Ostholsteins folgten Veränderungen in den westlichen Landesteilen. Ein Beispiel ist die Ansiedlung von Niederländern in den Elbmarschen.

Diese Siedler konnten hier ihre Erfahrungen in der Entwässerungstechnik nutzen und leisteten einen wertvollen Beitrag zur Erschließung der Marsch. In die Folgezeit fällt das Erstarken der Bauernrepublik Dithmarschen. Dieser Landesteil spielte eine Sonderrolle, die über mehrere Jahrhunderte währte. In einem ständigen unruhigen Prozeß von Unterwerfung und Widerstand bewahrte sich Dithmarschen lange seine eigene Form der Selbstverwaltung und eigene Gesellschaftsstrukturen. So wurde auch nach der Unterwerfung von 1559 durch die Fürsten die Verwaltung des Landes nur mit Personen aus der bäuerlichen Führungsschicht besetzt. Die Vorherrschaft fremden Adels oder gar die Leibeigenschaft (wie in Ostholstein) gab es hier nicht.

Das 16. Jahrhundert: Leibeigenschaft und erster Aufschwung

Die ostholsteinische Gutsherrschaft hat uns imposante Zeugnisse ihres Glanzes in Form von Schlössern und Herrenhäusern hinterlassen, aber auch die Erinnerung an ihre Schattenseiten, die Leibeigenschaft und anschließend noch folgende lange Abhängigkeit der Bauern. Ab 1500 wurde Ostholstein zum Zentrum der Gutswirtschaft. Der Adel entwickelte sich aus der Ritterschaft und schuf sich in der Landwirtschaft eine neue Existenzgrundlage, die jedoch nur in großem Rahmen rentabel war. Die schweren Böden Ostholsteins waren weit reizvoller zur Ansiedlung als etwa die Geest, zudem hatte der Adel im Osten bereits eine starke Stellung. Ab 1524 entwickelte sich mit dem Erhalt der vollen Gerichtsbarkeit über die „Unterhörigen“ die Leibeigenschaft. So dehnte sich in Ostholstein so mancher Gutsbetrieb zu Lasten der Hufner und Kätner aus, zahlreiche Dörfer wurden „niedergelegt“. Die Bauern waren „an die Scholle gebunden“ und dem Dienstherrn zu Dienst verpflichtet. Gleichzeitig hatte der Gutsherr jedoch auch Versorgungsverpflichtungen.

Das 16. Jahrhundert war jedoch auch eine Zeit des allgemeinen Aufschwungs in der Landwirtschaft. Nicht nur

die adeligen Gutsherren, sondern auch die freien und halbfreien Bauern kamen zu Wohlstand, die Intensivierung der Landwirtschaft nahm zu. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte waren hoch. Größere Betriebe begannen sich zu spezialisieren, so z. B. auf Ochsen- und Schweinemast oder auf Getreidebau, dies besonders in Ostholstein. Auch der Westteil des Landes blühte auf. In den Elbmarschen wurden sogenannte „Holländereien“ für die Milch-, Butter- und Käseverarbeitung eingerichtet, der Deichbau und damit die Erschließung neuen Ackerlandes wurde verstärkt vorangetrieben. Eindrucksvolle Großhöfe an verschiedenen Stellen des Landes (ein Beispiel sind die bekannten Hauberge an der Westküste) legen Zeugnis ab von der wirtschaftlichen Blüte, die bis in das 18. Jahrhundert hinein dauerte.

Das 18. und 19. Jahrhundert: Agrarreform und Wissenschaft

Rentabilitäts- und Rationalisierungsüberlegungen gingen (angeregt durch englische Vorbilder) mit dem Aufschwung der Landwirtschaft einher. Sie führten zu einem einschneidenden Schritt in der Geschichte der Landwirtschaft der Herzogtümer: der Agrarreform des 18. und 19. Jahrhunderts. Schon früh erkannten die Gutsherren, daß die Leibeigenschaft keineswegs nur Vorteile brachte. Die unter der Last der Abhängigkeit geleistete Arbeit war weder qualitativ noch quantitativ befriedigend. So wurde bereits 1688 die Leibeigenschaft auf den Gütern Schmoel und Hohenfelde aufgehoben, 1739 folgte Ascheberg, ein Teil des Gutes wurde in Zeit- und Erbpachtstellen umgewandelt. Die Bauern waren zwar noch schollengebunden, wirtschafteten jedoch selbständig. Dies erwies sich als so profitabel, daß 1768 der ältere Bernstorff die Parzellierung des königlichen Gutsbesitzes und die Aufhebung der Leibeigenschaft auf diesen Gütern veranlaßte. Das endgültige Ende der Leibeigenschaft kam mit der königlichen Resolution von 1805. Allerdings wurde die Patrimonialgerichtsbarkeit in Schleswig erst 1853/54, in Holstein 1867 abgeschafft.

Das zweite Standbein der Agrarreform neben der Aufhebung der Leibeigenschaft war die Auflösung der Dreifelderwirtschaft, wie sie seit der Kolonisationszeit Bestand gehabt hatte. Flurzwang und Feldgemeinschaft wurden aufgehoben, die Allmende aufgeteilt und die Flächen in neu geformte Parzellen umgewandelt. Die Verkoppelungsverordnungen von 1766/70 und 1771 verpflichteten die Bauern, ihren Grund und Boden mit „lebendem Pathwerk“ einzukoppeln, die heute noch gepflegte Knicklandschaft entstand. Etwa um dieselbe Zeit entstanden auch die ersten Gesellschaften, Versuchsflächen und Schriften zur Förderung der heimi-

schen Landwirtschaft. Der Glücksburger Hofprediger Probst Philipp Ernst Lüders beschäftigte sich mit der Förderung der heimischen Landwirtschaft und gründete 1762 die „Dänische Acker-Academie“, eine der ersten landwirtschaftlichen Gesellschaften. Ziel war die Verbreitung neuen landwirtschaftlichen Wissens unter der Landbevölkerung. Das 19. Jahrhundert ist ebenfalls die Zeit des Wirkens von Albrecht Thaer und später Johann Heinrich von Thünen, zwei Namen, die mit dem Beginn der selbständigen Agrarwissenschaften und der zunächst noch lange in den Kinderschuhen steckenden landwirtschaftlichen Betriebswirtschaftslehre verbunden sind. Zunächst jedoch hatten die naturwissenschaftlichen Aspekte der Landwirtschaft noch Vorrang, so z. B. bei Justus von Liebig, dessen Erkenntnisse über die künstliche Düngung der Pflanzen einen tiefen Einschnitt in die Technik des Ackerbaus bedeuteten. Somit wurde im 19. Jahrhundert ein deutlicher Modernisierungsschub erreicht, der insbesondere den Ackerbau betraf, aber auch die Tradition der Baumschulen im Pinneberger Raum begründete, wo sich heute noch das größte zusammenhängende Baumschulgebiet Europas befindet.

Rationalisierung und Technisierung der Landwirtschaft

Ab 1864 war Schleswig-Holstein preußische Provinz. Die bereits stetig fortschreitende Industrialisierung wirkte sich natürlich auch auf die Landwirtschaft aus. Waren 1867 noch 50 % aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, waren es 1895 nur noch 36 %, 1925 sogar nur noch 23 %. Die Mechanisierung hielt auch in der Landwirtschaft Einzug, klassisches Beispiel sind die Dreschmaschinen, die die Arbeit eines ganzen Winters in wenigen Tagen erledigten. Dadurch wurden viele Landarbeiter nicht mehr gebraucht, die früher in der Landwirtschaft ein Auskommen gefunden hatten. So wanderten im 19. Jahrhundert mehr als eine Viertelmillion Schleswig-Holsteiner nach Übersee aus, denn die Fabriken konnten bei weitem nicht die aus der Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte aufnehmen. In dieser Zeit der allgemeinen Rationalisierung und Mechanisierung begann auch auf der Geest, bislang ein eher benachteiligter Raum, ein durch technische Entwicklung geförderter Aufschwung. Mit Hilfe des Dampfpfluges war es möglich geworden, den Ortstein aufzubrechen, die Technik des Mergelns (Zufuhr von Ton-Kalk-Gemischen) erhöhte den Mineralstoffgehalt des Bodens. Ab 1880 begann man damit, große Heide- und Ödlandflächen urbar zu machen. Mergelung, Verwendung von Künstdünger, Anbau von Futter- und Gründüngungspflanzen und die Schaffung von Dauerweiden führten zu einem wirtschaftlichen Aufschwung der Geest.

Einmal in Gang gebracht, war der Prozeß des ständigen Austausches von Wissen und der fortschreitenden Rationalisierung nicht mehr aufzuhalten. Die schnelle Entwicklung auf allen Gebieten führte zu zahlreichen Zusammenschlüssen der Landwirte, so z. B. in Form von Meiereien und Genossenschaften. 1834 wurde der erste schleswig-holsteinische Generalverein gegründet, der 1896 in die Landwirtschaftskammer überführt wurde.

Der Aufbau von Schulungs-, Beratungs- und Forschungskapazitäten sowie engagierter berufsständischer Vertretungen setzte sich auch nach der Jahrhundertwende fort, unterbrochen durch den 1. Weltkrieg. Strukturverbesserungen wurden angestrebt, z. B. durch das Reichssiedlungsgesetz von 1919, d. h. die Bereitstellung von Land zu Siedlungszwecken aus den Ländereien der großen Güter. Diese Politik fand ihre (1920 in dieser Form allerdings noch nicht vorhersehbare) Fortsetzung in den Bodenreformgesetzen von 1948, die insbesondere die Problematik der Heimatvertriebenen lösen helfen sollte.

Ende der zwanziger Jahre begann sich die schlechte wirtschaftliche Lage insbesondere der Provinz Schleswig-Holstein mit immer größerem Druck auf die Landwirtschaft auszuwirken. Die Verschuldung der Höfe war hoch und nahm ständig zu, die Mißernte von 1927 hatte zusätzliche Belastungen gebracht und in der Folge wirkte sich auch die Weltwirtschaftskrise aus. Zu Beginn der dreißiger Jahre nahm die Zahl der Zwangsvollstreckungen ständig zu. Zahlreiche Gesetze und Maßnahmen des Reichsnährstandes zur Linderung der Notlage der Bauern schienen denen Recht zu geben, die bereits frühzeitig im Programm der NSDAP oder in verwandtem Gedankengut einen Ausweg aus der Krise zu sehen glaubten. Die kurzfristige allgemeine wirtschaftliche Erholungsphase ließ viele nur zu bereitwillig die Schrecken des Regimes übersehen und verdeckte den Blick auf die drohende Katastrophe.

**Nach 1945:
Bevölkerungszuwachs und Strukturwandel**

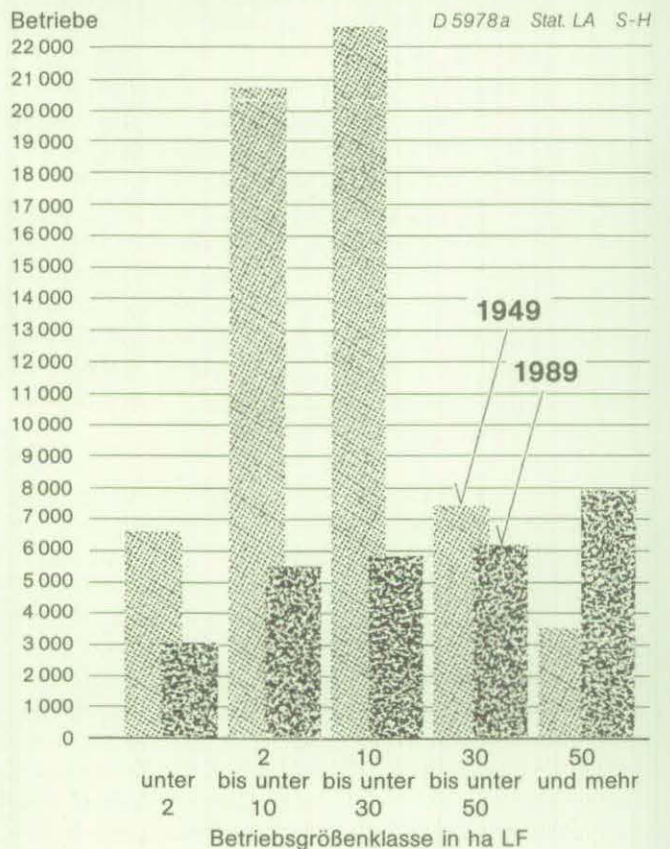
Nach 1945 stand das Land Schleswig-Holstein vor einem großen Problem: Der Aufnahme von mehr als einer Million Flüchtlingen und Vertriebenen. Bis 1949 stieg die Einwohnerzahl von 1,6 Millionen auf 2,7 Millionen. Die Menschen mußten ernährt und untergebracht werden. Die bereits ansässigen Landwirte arbeiteten mit eingeschränkten Mitteln, denn es fehlte an Betriebsmitteln, vor allem an Dünger. Ein großer Teil der Flüchtlinge waren Landarbeiter und Bauern. Sie wieder anzusiedeln war Ziel einer Bodenreform, in deren Rahmen Flächen von Großbetrieben abgespalten

und in Siedlerstellen aufgeteilt wurden, von denen 75 % an Flüchtlinge vergeben wurde. Die dabei entstandenen Kleinbetriebe linderten die ersten Existenznöte, waren langfristig jedoch nur bedingt existenzfähig.

Seitdem hat ein immer schneller verlaufender Strukturwandel die Landwirtschaft tiefgreifend verändert. Hatte sich die Zahl und Größe der landwirtschaftlichen Betriebe in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts nur wenig verändert, so hat sich ihre Zahl in den letzten 40 Jahren mehr als halbiert und ist immer noch rückläufig. 1949 wurden noch drei Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) von Betrieben bewirtschaftet, die kleiner waren als 50 ha LN. 40 Jahre später bearbeiteten Betriebe dieser Größenklasse nur noch knapp 40 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Unaufhaltsam ging der Trend hin zu einer Vergrößerung der Höfe. Waren 1960 nur knapp 7 % der Betriebe größer als 50 ha (dafür 61 % kleiner als 20 ha) so hat 1990 knapp ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe bereits mehr als 50 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche. Schleswig-Holstein ist (gerade im Vergleich zu den südlichen Bundesländern) ein Land der Vollerwerbsbetriebe. Es gibt vergleichsweise wenig Nebenerwerbs-

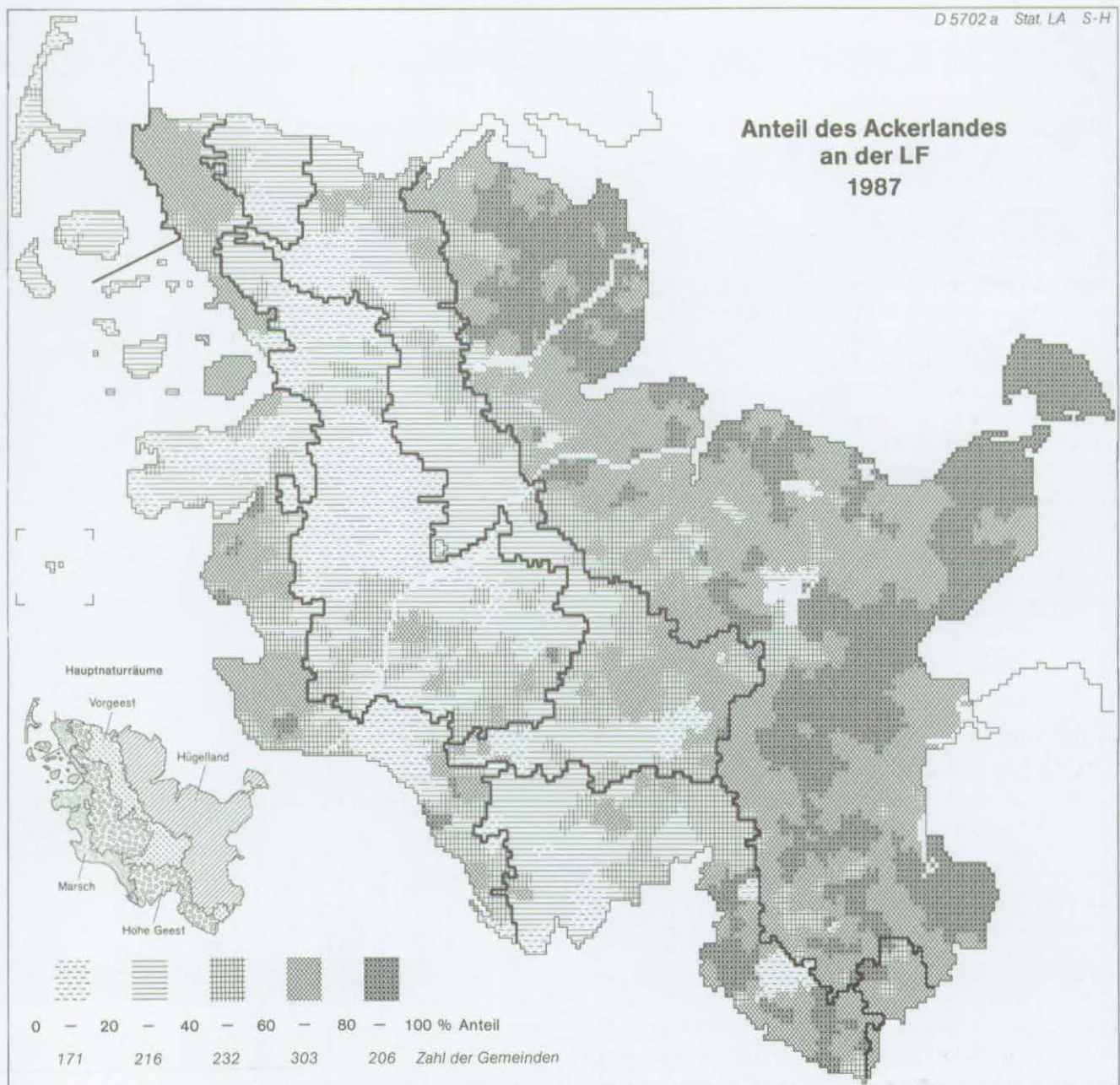
Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe nach der Betriebsgrößenklasse 1949 und 1989



quellen, aus denen die Landwirte ein zusätzliches Einkommen beziehen könnten. Auch sind die Betriebe von ihrer gewachsenen Struktur und Größe her (es herrschte das Anerbenrecht im Gegensatz zur Realerbteilung in Süddeutschland) zu groß, um dauernd im Nebenerwerb bewirtschaftet zu werden. Dies macht ein Vergleich mit dem (alten) Bundesgebiet deutlich: In Schleswig-Holstein liegt die durchschnittliche Betriebsgröße der Betriebe ab 1 ha LF bei gut 38 ha, im Bundesgebiet dagegen bei 19 ha.

Mit dem Strukturwandel nahm die Mechanisierung und Spezialisierung auf den Höfen zu. Die Viehbestände im

Land wurden stark aufgestockt, die Hektarerträge und tierischen Leistungen gesteigert. Jedoch sind die Preise, die der Landwirt für seine Produkte bekommt, überwiegend hinter der Preisentwicklung für andere Waren und Dienstleistungen zurückgeblieben. So versuchen die Landwirte, durch eine stetig steigende Arbeitsproduktivität ein ausreichendes Familieneinkommen zu erwirtschaften. Das macht sich auch bei den in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitskräften bemerkbar. In den letzten 40 Jahren verringerte sich die Zahl der Familienarbeitskräfte auf ein Drittel, die der familienfremden, auf dem Hof angestellten Arbeitskräfte sogar auf ein Zehntel.

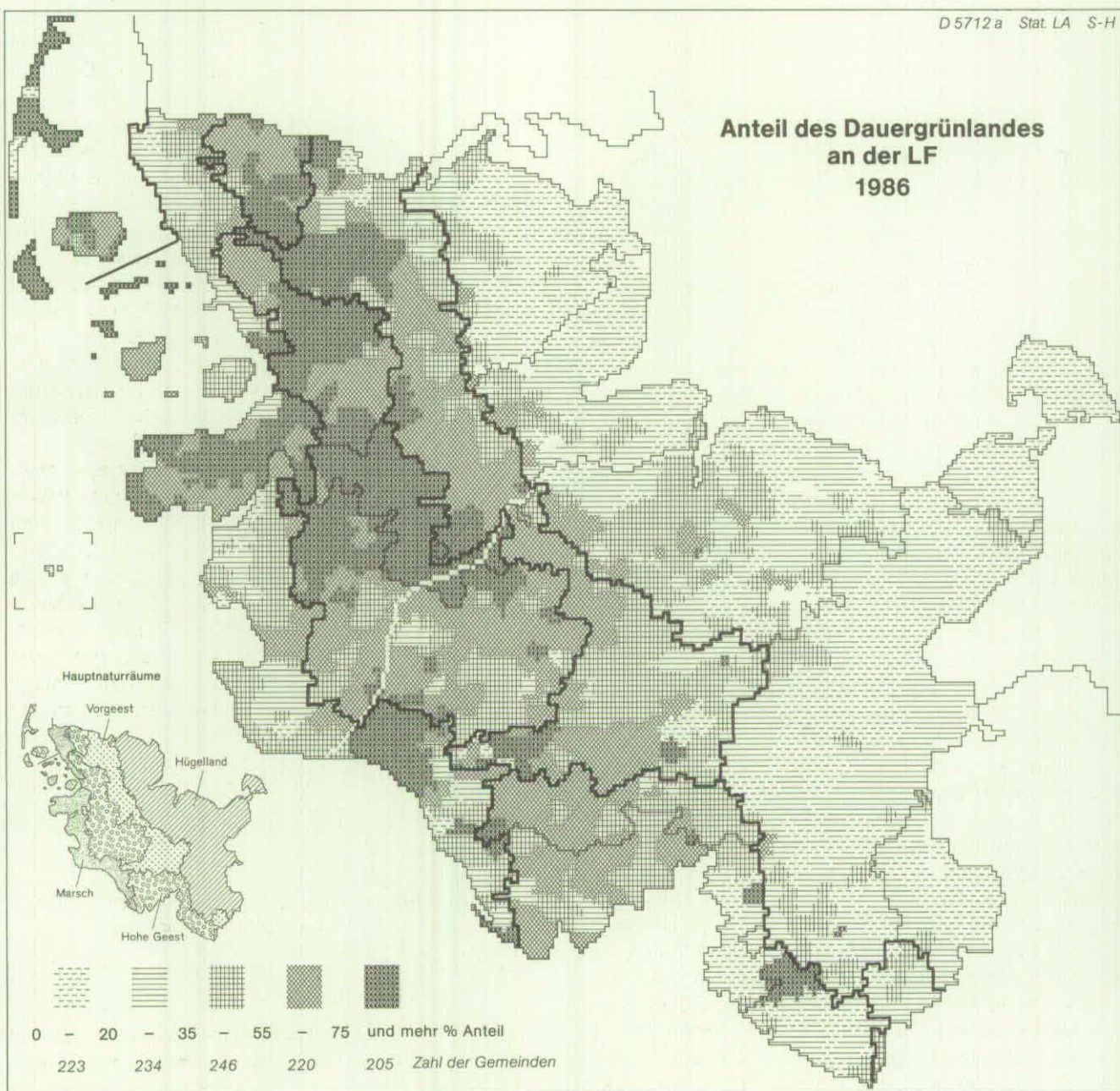


**Drei Wirtschaftszweige:
Ackerbau, Grünland und Veredelung**

Die Entscheidung für eine bestimmte Produktionsrichtung und Wirtschaftsweise wird sowohl von den natürlichen Gegebenheiten als auch von den bereits vorhandenen Produktionsstrukturen bestimmt. Von den ca. 28 500 landwirtschaftlichen Betrieben widmen sich 70 % überwiegend der Milchkuhhaltung, der Rindermast oder der Schafhaltung. 24 % sind Marktfruchtbaubetriebe, die Getreide, Zuckerrüben, Raps oder Feldgemüse erzeugen. 4 % haben ihren Betriebsschwerpunkt bei der Veredelung des Futters über den

Schweinemagen. Die auf Marktfruchtbau spezialisierten Betriebe auf den Jungmoränen des östlichen Hügellandes, aber auch auf den fruchtbaren jungen Marschböden an der Nordseeküste bestimmen heute mit ihren Getreide- und Rapsfeldern das Bild. Diese Böden sind so hochwertig, daß der Ackerbau rentabler ist als die Nutzung durch den Anbau von Futterpflanzen oder als Weideland. Dieses findet sich eher auf leichteren Standorten, wo dann entsprechend die Rinderhaltung dem Getreidebau vorgezogen wird. Dies gilt z. B. für die ertragsärmeren Gegenden der Geest, aber auch in den Niederungsgebieten entlang der Flußläufe. In diesen Gebieten hat sich die Milchviehhaltung in den

D 5712 a Stat. LA S-H



letzten zwei Jahrzehnten sogar ausgeweitet, womit die Landwirte der geringeren Ertragsfähigkeit der Böden dem entsprechend vorhandenen hohen Grünlandanteil und den eher kleineren Höfen Rechnung trugen. Durch die dadurch entstandene höhere Arbeitsbelastung mußte die bis dahin in der Geest häufigere Schweinehaltung meistens aufgegeben werden. Umgekehrt hat sich in den „klassischen“ Ackerbaugebieten des östlichen Hügellandes die Veredelungswirtschaft in den letzten zwanzig Jahren als zusätzlicher Betriebszweig etabliert. Die großen Betriebe schafften die arbeitsintensive Milchviehhaltung ab und nahmen insbesondere dort, wo das Einkommen aus dem Ackerbau nicht ausreichte, „Borstenvieh und Schweinespeck“ als zusätzlichen Betriebszweig auf.

Von der Nahrungssicherung zum Überschuß

Diese Wanderungen von Produktionszweigen zeigen letztendlich nichts anderes als das notwendige gewinnorientierte Handeln der Betriebe nach betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen. Diese verlangen den optimalen Einsatz vorhandener Kapazitäten an Arbeit, Boden und Kapital. Die damit häufig einhergehende Spezialisierung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion führte zu einem Dilemma, das sowohl das Image der Landwirtschaft nach außen verändern als auch am Selbstverständnis der Landwirte rütteln sollte: dem der ständig steigenden Überschüsse. Hatte die Landwirtschaft jahrhundertlang mit ihrer Aufgabe der Nahrungssicherung eine zentrale Stellung innerhalb des wirtschaftlichen und sozialen Gefüges inne, so muß sie heute bei einer Bevölkerung, die überwiegend ohne Kontakt zu landwirtschaftlicher Produktion lebt, gegen das Bild des Überflüssigen und sogar Umweltschädlichen ankämpfen. Hier hat sich innerhalb der letzten zwanzig Jahre ein Meinungswandel vollzogen, der mit seinen Pauschalurteilen den Landwirten sicherlich nicht gerecht wird, aber auch die Frage aufwirft, wie sich die Landwirtschaft in der Öffentlichkeit präsentiert. Viele Landwirte gehen hier inzwischen einen offensiven Weg, indem sie ihre Höfe öffnen, verstärkt Öffentlichkeitsarbeit betreiben und damit Wissen vermitteln und Verständnis schaffen.

Das Problem der Überschüsse hat natürlich nicht nur eine gesellschaftliche, sondern auch eine politische Dimension. Die Überproduktion war entstanden durch eine Preisstützung bestimmter Markterzeugnisse. Durch Maßnahmen der Agrarpolitik — Kontingentierung (Zuckerrüben, Milch), Senkung des Erzeugerpreises (Getreide, Ölfrüchte) und Verringerung der Anbauflächen (Flächenstilllegung, Betriebsaufgabe in Verbindung mit einer Vorruhestandsregelung) — versucht die Kommission der EG, die landwirtschaftliche Produktion stärker

der innergemeinschaftlichen Nachfrage anzupassen. Die Möglichkeit der Flächenstilllegung z. B. wird gerade in Schleswig-Holstein intensiv genutzt, hier sind bereits 25 000 ha stillgelegt. Damit kommen die Landwirte auch gleichzeitig den immer stärkeren Forderungen des Umweltschutzes nach.

Die genannten Auflagen und Regelungen (die auch häufig nur schwer im voraus kalkulierbar sind), fordern von den Landwirten ein hohes Maß an Flexibilität und Anpassungsfähigkeit und erhöhen den Druck auf kleinere Betriebe. Eine weitere Herausforderung zeichnet sich nach der Wiedervereinigung Deutschlands insbesondere durch die Konkurrenz der Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern ab. Neue Wege, wie der alternative Landbau oder die Spezialisierung auf Markenprodukte, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Devise „Wachsen oder Weichen“ für viele Betriebe heute bittere Realität ist. Das zeigen auch Untersuchungen zur Hofnachfolge, die im Rahmen statistischer Erhebungen gemacht wurden. Danach stehen zwei Drittel aller Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe in den nächsten zwanzig Jahren vor der Frage der Hofübergabe. Davon hat jeder vierte Inhaber keinen Hofnachfolger, ein weiteres Viertel der Betriebsinhaber betrachtet die Weiterführung des Hofes als ungewiß. Das bedeutet, daß nur die Hälfte aller derzeit auf ihrem Betrieb tätigen Landwirte die Zukunft ihres Hofes als gesichert ansehen. Diese Zukunft steht in enger Beziehung zur Einkommenskapazität der Betriebe, und dafür wiederum ist die Flächenausstattung ein wesentliches Kriterium.

Seitdem es sie gibt, ist die Landwirtschaft einem ständigen Wandel unterworfen gewesen. Strukturen haben sich verändert, und mit steigender Bedeutung der Wissenschaft und deren Umsetzung durch Ausbildung wurden auch Produktionsverfahren immer wieder angepaßt und verbessert. Die Landwirtschaft steht dabei heute vor der Aufgabe, unternehmerisches Handeln in rentablen Größenordnungen und die Anforderungen einer veränderten Umwelt zu vereinbaren, um ihren Platz in der Kulturlandschaft sinnvoll ausfüllen zu können.

Birgit von Brandis

Literaturhinweise

- 1) Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Deutscher Planungsatlas, Bd. III, Bremen 1960
- 2) Brandt, O./Klüver, W., Geschichte Schleswig-Holsteins, Ein Grundriß, 8. Auflage, Kiel, 1981
- 3) v. Brandis, B., Nutzungsarten der Bodenflächen 1989, In: Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Heft 10, 1990, S. 218 ff.

- 4) v. Brandis, B., Schweinehaltung seit 1950, In: Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Heft 10, 1988, S. 206 ff.
- 5) Degn, C./Muuß, U., Topographischer Atlas Schleswig-Holstein und Hamburg, 4. Auflage, Neumünster, 1979
- 6) Grunwaldt, H.-S., Die Milchviehhaltung nach Einführung von Milchquoten, In: Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Heft 10, 1985, S. 198 ff.
- 7) Grunwaldt, H.-S., Hofnachfolge in den landwirtschaftlichen Betrieben, In: Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Heft 9, 1989, S. 199 ff.
- 8) Grunwaldt, H.-S., Zur Struktur der Rinderhaltung in Schleswig-Holstein, In: Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Heft 11/12, 1985, S. 214 ff.
- 9) Landesregierung Schleswig-Holstein, Pressestelle (Hrsg.), Schleswig-Holstein. Ein Lesebuch, Kiel, 1989
- 10) Rehbein, F., Das Leben eines Landarbeiters, Hamburg, 1985
- 11) Sievers, M., Produktions- und Betriebsstrukturen in den Naturräumen Schleswig-Holsteins 1979, In: Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Heft 4, 1983, S. 94 ff.
- 12) Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.), Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins, Kiel, 1967
- 13) Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.), Statistische Berichte, Serie C, div. Jgg.

Frauen in Schleswig-Holstein

Im September 1991 hat die Frauenministerin des Landes Schleswig-Holstein in der Reihe „Zahlen — Daten — Fakten“ eine Broschüre mit dem Titel „Frauen in Schleswig-Holstein“ herausgegeben.

Auf 45 Seiten wird eine statistische Dokumentation zur Entwicklung der Stellung der Frau in nahezu allen Lebensbereichen gegeben. Sie stützt sich zu einem großen Teil auf Angaben des Statistischen Landesamtes und des Statistischen Bundesamtes. Grafiken und Bilder tragen zur Veranschaulichung dieses Themas bei.

Neben Informationen zur Erwerbstätigkeit, Arbeitswelt und Bildung enthält die Broschüre Daten zu zahlreichen wichtigen Gesellschaftsbereichen. Es wird u. a. deutlich, daß

- Mädchen heutzutage bessere Schulabschlüsse haben als Jungen,
- die Zahl der Studentinnen ständig steigt,
- immer mehr Frauen eine Fort- und Weiterbildung in Anspruch nehmen,
- die Zahl der erwerbstätigen Frauen in den letzten 20 Jahren um 32 % angestiegen ist.

Auf der anderen Seite zeige sich aber auch, so die Broschüre, daß Frauen trotz ihres gestiegenen Bildungsstandes

- im Durchschnitt ein Drittel weniger verdienen als Männer,
- in Wissenschaft und Forschung sowie in öffentlichen Ämtern und Funktionen gering vertreten sind,
- zugunsten der Familie auf beruflichen Aufstieg verzichten.

Die Broschüre „Frauen in Schleswig-Holstein“ ist kostenlos erhältlich bei folgender Adresse:

Die Frauenministerin
des Landes Schleswig-Holstein
Beselerallee 41
2300 Kiel 1

Annette Gäde

Ergebnisse zur Umweltökonomischen Gesamtrechnung

Im November 1991 hat das Statistische Bundesamt den Band 18 seiner Schriftenreihe „Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik“ mit dem Titel „Ausgewählte Ergebnisse zur Umweltökonomischen Gesamtrechnung 1975 bis 1990“¹ herausgegeben. Die Veröffentlichung enthält erste Ergebnisse zur Umweltökonomischen Gesamtrechnung (UGR), deren Konzept im Juli 1990 vom Statistischen Bundesamt der Öffentlichkeit vorgestellt wurde und in Band 16 derselben Schriftenreihe dargestellt ist („Wege zu einer Umweltökonomischen Gesamtrechnung“). Auch in Heft 10/1990 dieser Zeitschrift ist unter dem Titel „Landtagshearing zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ über dieses Konzept berichtet worden.

Der weitgespannte konzeptionelle Rahmen der UGR und die noch in vollem Gange befindliche wissenschaftliche Debatte lassen vorläufig nur die Veröffentlichung von Teilbereichen zu. Die ausgewählten Ergebnisse beziehen sich auf folgende drei der zur Zeit zehn Bausteine des Berichtssystems der Umweltökonomischen Gesamtrechnung:

- Abbau und Verbrauch von Ressourcen
- Emissionsmodell
- Maßnahmen für den Umweltschutz

In einem ersten Teil werden zunächst Ergebnisse über den Abbau und Verbrauch (Inlandsverbleib) von Rohstoffen, d. h. über die inländische Produktion sowie Ein- und Ausfuhr von ausgewählten biotischen und abiotischen Ressourcen präsentiert. Diese Angaben liegen für die Jahre 1978 und 1988 bis 1990 sowohl in jeweiligen und konstanten Preisen als auch in spezifischen Mengeneinheiten vor. Ergänzend werden auch Sekundärrohstoffe (Recycling) mit einbezogen. Um auch längerfristige Trends erkennen zu können, werden „Lange Reihen“ aufgeführt sowie Rohstoffkoeffizienten (Anteil des Inlandverbleibs am Bruttosozialprodukt) errechnet.

Ein zweiter Teil gibt Informationen über die von dem Produzierenden Gewerbe und dem Staat geleisteten Umweltschutzmaßnahmen. Dabei handelt es sich um Angaben über die Umweltschutzinvestitionen, den Wert der Umweltschutzeinrichtungen, die Abschreibungen auf diesen Kapitalstock sowie um laufende Ausgaben, die mit dem Betrieb der Umweltschutzeinrichtungen verbunden sind. Die Angaben liegen in jeweiligen und

1) Ausgewählte Ergebnisse zur Umweltökonomischen Gesamtrechnung 1975 bis 1990, Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), Wiesbaden 1991, Schriftenreihe Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik, Heft 18

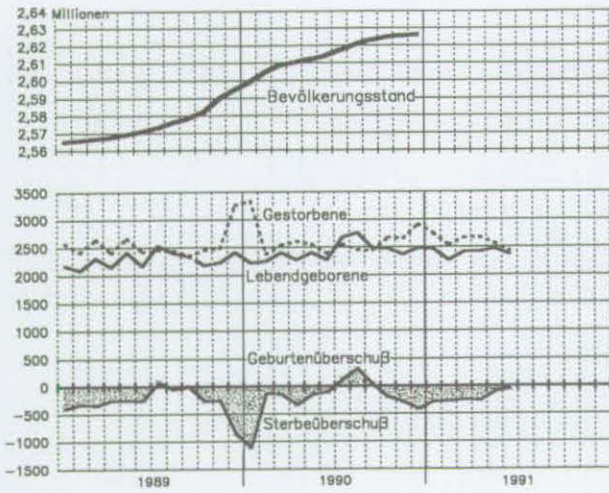
konstanten Preisen für den Zeitraum von 1975 bis 1988 vor. Für die Jahre 1990 und 1986 werden die Umweltschutzdaten zusätzlich gütermäßig aufgeteilt und als Teilgrößen von Input-Output-Tabellen dargestellt. Für diese Jahre werden auch Angaben über Dienstleistungsunternehmen des Umweltschutzes einbezogen.

Im dritten Teil wird der emissionsrelevante Energieverbrauch nach Produktionsbereichen und den Privathaushalten sowie die weitgehend durch diesen Energieverbrauch bedingten Luftemissionen nach ausgewählten Schadstoffen nachgewiesen.

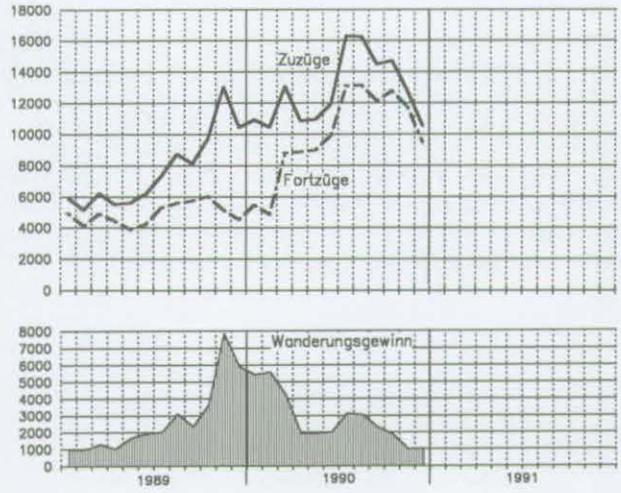
Die vorgestellten Ergebnisse zur UGR geben einen zusammenfassenden Überblick über die für ausgewählte wichtige Tatbestände bereits vorliegende Informationen. Der formale Aufbau in einen erläuternden Textteil und einen ausführlichen Tabellenteil erleichtern die Übersicht. Bezogen werden kann die 162 Seiten umfassende Broschüre gegen eine Schutzgebühr von 10,— DM, direkt beim Statistischen Bundesamt, 6200 Wiesbaden, Gustav-Stresemann-Ring 11.

Dr. Johann Lawatschek

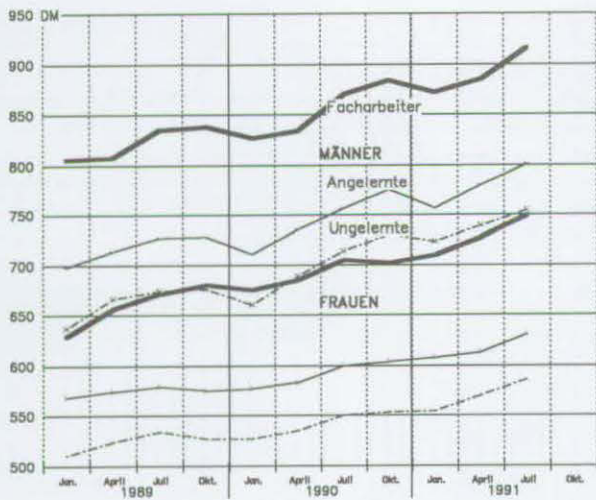
Bevölkerungsstand



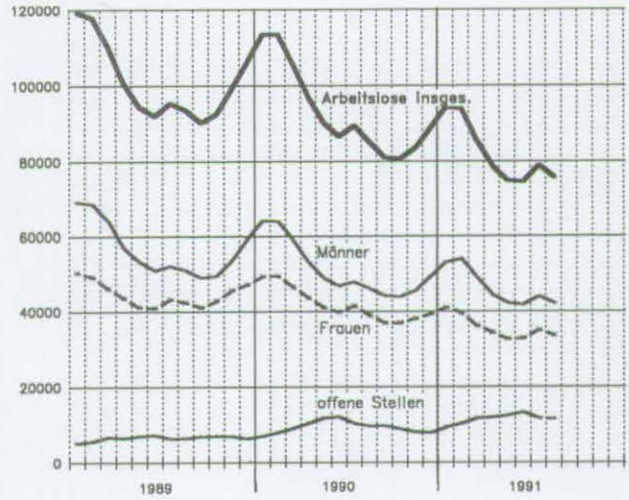
Bevölkerungsveränderung



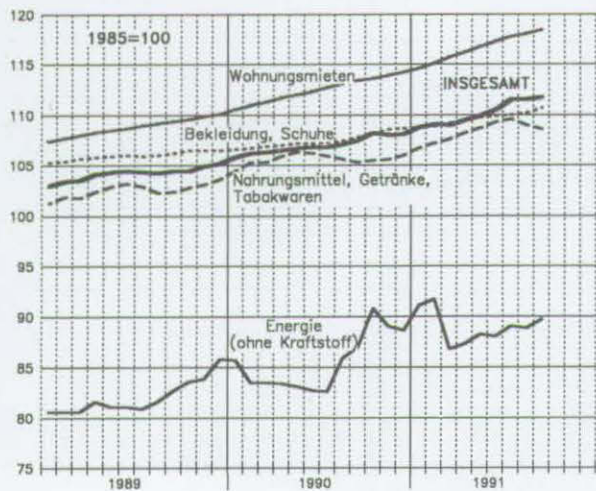
Bruttowochenverdienste



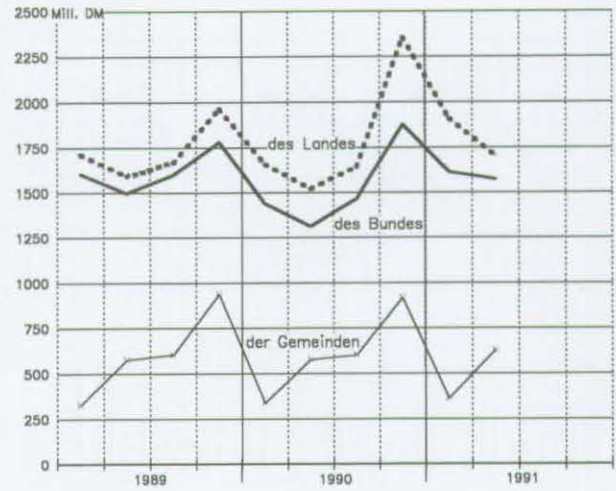
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet

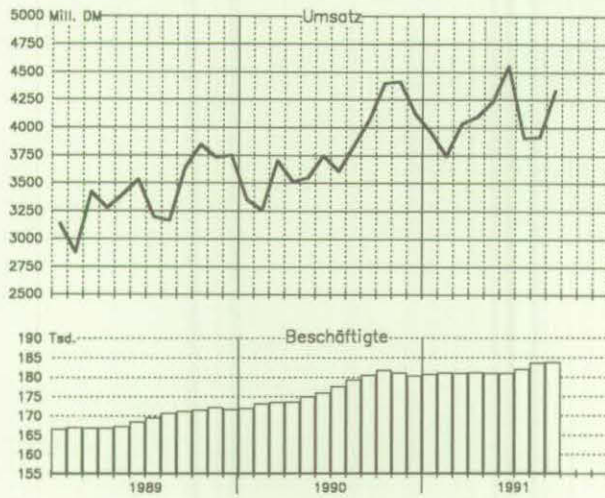


Steuereinnahmen

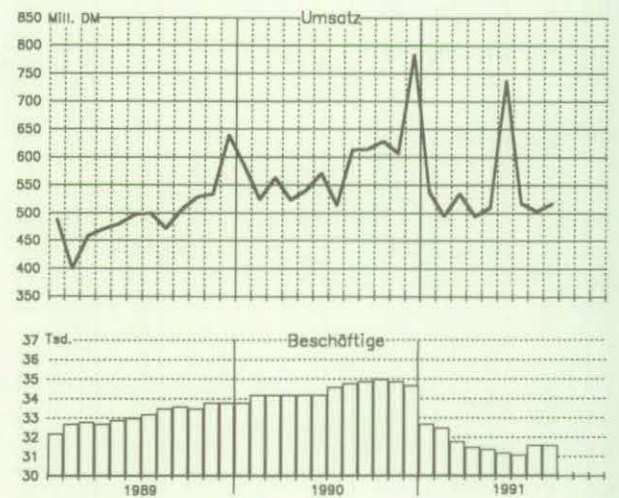


Verarbeitendes Gewerbe

Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



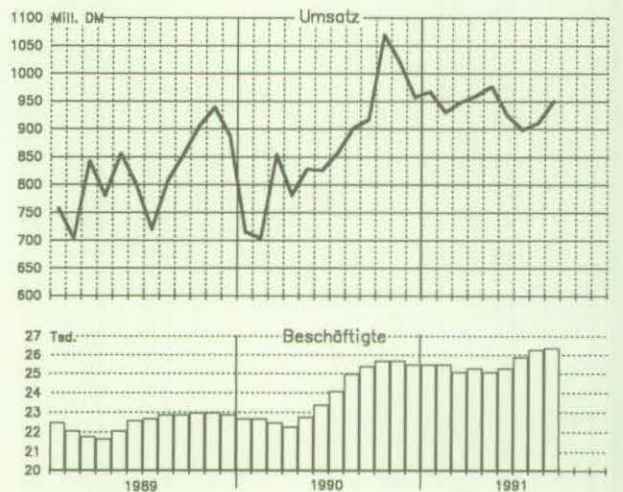
darunter Maschinenbau



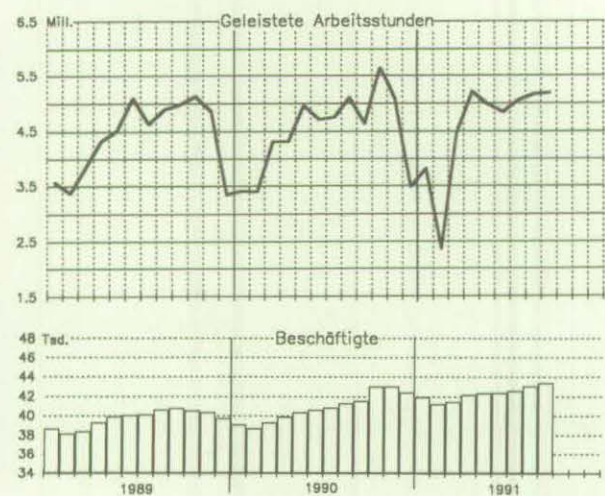
darunter Schiffbau



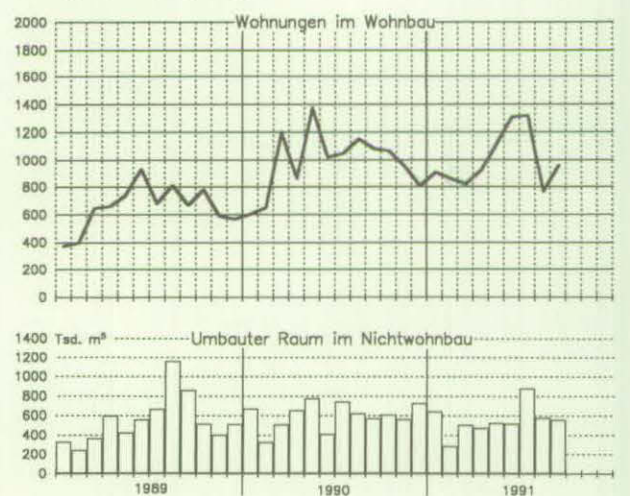
darunter Nahrungs- und Genußmittelgewerbe

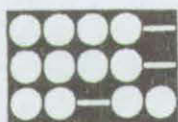


Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen





Zahlenbeilage

<i>Daten zur Konjunktur</i>	2
<i>Jahreszahlen</i>	4
<i>Zahlenspiegel</i>	6
<i>Kreiszahlen</i>	11
<i>Zahlen für Bundesländer</i>	12

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾					
		September 1991		Januar bis September 1991	
Beschäftigte	1 000	184	+ 1,8	182	+ 3,4
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	17	+ 2,4	16	+ 2,9
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	726	+ 7,2	727	+ 9,5
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 333	+ 6,4	4 087	+ 12,7
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 439	+ 5,9	3 263	+ 16,3
Auslandsumsatz	Mill. DM	894	+ 8,1	825	+ 0,2
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 344	- 5,2	2 299	+ 5,7
aus dem Inland	Mill. DM	1 778	+ 0,2	1 652	+ 12,3
aus dem Ausland	Mill. DM	567	- 18,9	647	- 8,0
Energieverbrauch	1 000 t SKE	.	.	192	- 2,2
BAUHAUPTGEWERBE²⁾					
Beschäftigte	1 000	43	+ 0,6	42	+ 2,2
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	5	+ 6,8	5	- 0,0
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	146	+ 11,8	135	+ 8,7
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	593	+ 17,3	468	+ 10,5
Auftragseingang ³⁾	Mill. DM	339	+ 0,3	291	+ 3,9
BAUGENEHMIGUNGEN⁴⁾					
		Oktober 1991		Januar bis Oktober 1991	
Wohnbau	Wohnungen	1 252	+ 17,2	1 023	+ 1,6
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	596	- 2,6	561	- 5,5
EINZELHANDEL					
		September 1991		Januar bis September 1991	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	127,4	+ 3,0	135,7	+ 8,7
GASTGEWERBE					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	143,7	+ 6,3	127,6	+ 4,4
FREMDEVENKEHR⁵⁾					
Ankünfte	1 000	427	+ 2,3	364	+ 6,2
Übernachtungen	1 000	2 326	+ 4,9	1 955	+ 6,2
ARBEITSMARKT					
		Oktober 1991		Januar bis Oktober 1991	
Arbeitslose	Anzahl	73 769	- 8,6	81 108	- 15,1
AUSSENHANDEL					
		Juli 1991		Januar bis Juli 1991	
Ausfuhr	Mill. DM	1 091,1	+ 6,8	1 010,0	- 1,5
KREDITE (Bestand am Monatsende)⁶⁾					
		September 1991		Januar bis September 1991	
kurzfristige Kredite	Mill. DM	11 336	+ 11,4	10 895	+ 10,0
mittel- und langfristige Kredite ⁷⁾	Mill. DM	55 633	+ 5,7	54 370	+ 4,1

Fußnoten nächste Seite

Daten zur Konjunktur Land und Bund im Vergleich

Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %

		Januar bis Dez. 1990	Nov. 1990	Dez. 1990	Jan. 1991	Febr. 1991	März 1991	April 1991	Mai 1991	Juni 1991	Juli 1991	Aug. 1991	Sept. 1991	Okt. 1991
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾														
Beschäftigte	Land	+ 4,5	+ 5,2	+ 5,0	+ 5,1	+ 4,5	+ 4,3	+ 4,3	+ 3,4	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,8	...
	Bund	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,7	pt 1,4	pt 0,9
Geleistete Arbeiterstunden	Land	+ 4,7	+ 6,7	+ 3,3	+ 4,6	+ 2,7	- 1,5	+ 10,1	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,3	+ 2,4	...
	Bund	+ 1,7	+ 1,8	- 0,7	+ 1,4	+ 2,0	- 5,5	+ 7,6	- 5,6	+ 3,3	pt 3,0	p- 3,6
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 9,9	+ 8,0	+ 12,1	+ 11,4	+ 10,7	+ 9,8	+ 10,9	+ 11,6	+ 9,4	+ 9,0	+ 6,3	+ 7,2	...
	Bund	+ 7,8	+ 8,3	+ 7,6	+ 9,0	+ 8,6	+ 7,0	+ 8,9	+ 7,5	+ 9,0	pt 7,1	pt 6,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 11,2	+ 18,1	+ 9,8	+ 17,9	+ 14,9	+ 9,1	+ 16,7	+ 19,4	+ 21,6	+ 8,3	+ 2,1	+ 6,4	...
	Bund	+ 6,9	+ 9,7	+ 3,4	+ 12,4	+ 9,5	+ 2,8	+ 17,8	+ 1,1	+ 13,3	pt 10,6	pt 1,6
Inlandsumsatz	Land	+ 13,7	+ 20,7	+ 11,1	+ 28,4	+ 19,7	+ 15,1	+ 24,4	+ 18,2	+ 25,0	+ 11,2	+ 4,3	+ 5,9	...
	Bund	+ 9,4	+ 14,8	+ 7,5	+ 18,3	+ 15,2	+ 9,4	+ 23,5	+ 6,9	+ 18,8	pt 14,9	pt 3,9
Auslandsumsatz	Land	+ 3,6	+ 9,4	+ 5,0	+ 11,9	+ 0,6	- 10,3	- 7,0	+ 23,6	+ 10,4	- 3,4	- 6,7	+ 8,1	...
	Bund	+ 1,3	- 2,0	- 5,9	- 1,2	- 3,1	- 11,5	+ 4,6	- 12,1	+ 0,5	pt 0,0	p- 4,5
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	- 2,0	- 17,2	+ 7,4	+ 31,1	+ 8,0	- 15,7	+ 16,4	+ 7,5	+ 6,0	+ 5,2	+ 7,4	- 5,2	...
	Bund	+ 5,8	+ 7,9	- 0,7	+ 10,7	+ 5,9	- 1,0	+ 10,8	- 3,2	+ 7,8	+ 5,3	- 3,1
aus dem Inland	Land	+ 4,6	+ 1,4	+ 8,9	+ 48,5	+ 9,3	+ 10,8	+ 25,6	- 8,9	+ 12,7	+ 7,2	+ 16,2	+ 0,2	...
	Bund	+ 9,9	+ 17,9	+ 7,4	+ 18,2	+ 14,6	+ 9,1	+ 19,0	+ 0,9	+ 12,5	+ 7,3	- 3,3
aus dem Ausland	Land	- 13,2	- 34,0	+ 4,3	- 3,0	+ 5,3	- 48,3	- 2,9	+ 50,6	- 8,5	+ 0,4	- 13,5	- 18,9	...
	Bund	- 1,0	- 7,6	- 13,5	- 1,7	- 8,3	- 17,3	- 2,9	- 10,6	- 0,9	+ 1,8	- 2,7
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	+ 6,4	- 2,9	-----	'-----	- 5,4	-----	'-----	+ 17,1	-----	'-----	- 15,2	-----	...
	Bund	- 1,2	+ 1,0	-----	'-----	+ 2,9	-----	'-----	+ 1,7	-----	'-----	-----	...
BAUHAUPTGEWERBE²⁾														
Beschäftigte	Land	+ 5,1	+ 6,6	+ 6,7	+ 7,4	+ 6,5	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,6	...
	Bund	+ 3,5	+ 3,7	+ 3,8	+ 4,1	+ 2,7	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,1	pt 1,1	pt 0,8
Geleistete Arbeitsstunden	Land	+ 5,2	+ 4,1	+ 4,2	+ 12,0	- 30,4	- 0,7	+ 15,4	- 3,8	- 1,9	+ 1,8	- 3,3	+ 6,8	...
	Bund	+ 2,6	+ 0,7	- 5,3	+ 2,0	- 30,1	- 5,9	+ 12,7	- 9,2	+ 5,2	pt 4,7	p- 4,6
Lohn- und Gehaltssumme	Land	+ 13,9	+ 21,2	+ 20,7	+ 19,5	- 10,5	+ 14,0	+ 14,9	+ 7,3	+ 6,5	+ 10,4	+ 3,3	+ 11,8	...
	Bund	+ 10,8	+ 17,0	+ 9,8	+ 9,9	- 12,2	+ 8,6	+ 14,0	+ 7,2	+ 7,6	pt 10,7	pt 4,7
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	+ 18,3	+ 17,8	+ 19,5	+ 43,5	+ 13,5	- 4,0	+ 18,9	+ 2,7	+ 11,3	+ 8,6	+ 0,6	+ 17,3	...
	Bund	+ 12,2	+ 13,3	+ 10,0	+ 12,2	- 4,3	+ 0,8	+ 17,2	+ 6,9	+ 16,9
Auftragseingang ³⁾	Land	+ 19,3	+ 5,4	+ 35,0	+ 40,8	- 7,4	+ 0,8	- 12,0	- 2,5	+ 7,0	+ 13,2	+ 13,4	+ 0,3	...
	Bund	+ 15,0	+ 17,5	+ 12,3	+ 5,4	+ 1,4	pt 3,7	+ 8,5	+ 9,5	+ 12,5	pt 14,3	pt 13,0
BAUGENEHMIGUNGEN⁴⁾														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	+ 50,8	+ 62,2	+ 42,3	+ 50,1	+ 31,6	- 31,7	+ 7,1	- 18,4	+ 28,2	+ 25,5	- 33,6	- 11,4	+ 17,2
	Bund	pt 33,6	+ 34,7	+ 16,4	pt 10,8	pt 6,0	p- 11,7	pt 3,6	r- 6,7	pt 3,6
Nichtwohnbau (Umbauter Raum)	Land	+ 8,2	+ 39,6	+ 41,3	- 3,6	- 12,4	- 0,6	- 27,1	- 32,3	+ 25,9	+ 18,4	- 7,0	- 2,1	- 2,6
	Bund	pt 7,9	+ 6,5	+ 1,4	p- 0,8	pt 16,5	p- 9,5	pt 19,1	pt 4,6	pt 15,1
EINZELHANDEL														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 12,7	+ 15,5	+ 14,5	+ 16,8	+ 10,3	+ 13,0	+ 9,3	+ 11,5	+ 9,8	+ 7,1	+ 0,1	+ 3,0	...
	Bund	+ 10,6	+ 13,2	+ 8,0	+ 16,3	+ 12,8	+ 11,6	+ 14,6	+ 8,6	+ 13,6	+ 10,6	+ 0,8	pt 2,1	...
GASTGEWERBE														
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Land	+ 5,8	+ 6,5	+ 5,0	+ 1,2	- 3,4	+ 16,8	+ 1,6	+ 10,0	- 1,9	+ 2,4	+ 5,9	+ 6,3	...
	Bund	+ 5,6	+ 5,5	+ 3,8	+ 3,2	- 1,3	+ 3,7	+ 5,2	+ 0,2	+ 6,2	+ 2,9	pt 3,5
FREMDENVKEHR⁵⁾														
Ankünfte	Land	+ 10,2	+ 16,5	+ 10,9	+ 9,4	+ 3,8	+ 36,6	- 2,5	pt 11,3	p- 5,4	pt 1,4	pt 8,3	pt 2,3	...
	Bund	+ 6,8	+ 8,5	+ 8,0	+ 6,1	+ 3,1	+ 5,5	+ 3,7	- 0,6	+ 0,8
Übernachtungen	Land	+ 9,9	+ 10,7	+ 14,0	+ 16,8	+ 18,0	+ 53,7	- 5,0	pt 9,4	p- 8,9	pt 1,4	pt 8,5	pt 4,9	...
	Bund	+ 5,1	+ 9,1	+ 11,5	+ 6,7	+ 5,6	+ 12,5	+ 0,5	+ 3,2	+ 0,4
ARBEITSMARKT														
Arbeitslose	Land	- 7,5	- 15,8	- 16,6	- 17,0	- 17,4	- 19,0	- 18,6	- 16,8	- 13,9	- 11,6	- 11,0	- 9,7	- 8,6
	Bund	- 7,6	- 13,6	- 13,1	- 14,5	- 13,2	- 14,0	- 13,7	- 12,0	- 11,9	- 9,1	- 7,8	- 6,8	- 5,2
AUSSENHANDEL														
Ausfuhr	Land	- 4,7	+ 5,1	- 13,9	- 4,0	+ 0,0	- 10,5	- 10,2	- 10,6	+ 21,1	+ 6,8	+ 9,1
	Bund	+ 0,3	- 0,4	- 8,1	- 2,4	- 1,8	- 9,8	+ 1,0	- 4,4	+ 4,0
KREDITE (Bestand am Monatsende)⁶⁾														
kurzfristige Kredite	Land	+ 10,3	+ 8,2	+ 11,9	+ 10,8	+ 7,9	+ 7,7	+ 9,2	+ 10,2	+ 8,5	+ 12,8	+ 11,5	+ 11,4	...
	Bund
mittel- und langfristige Kredite ⁷⁾	Land	+ 2,8	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,6	+ 4,0	+ 4,3	+ 4,4	+ 5,2	+ 5,7	...
	Bund

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I I

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I I

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen, ohne Campingplätze)

6) Land: an inländische Unternehmen und Private

Bund: an in- und ausländische Unternehmen und Private } ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung					Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾					
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
	in 1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner			in 1 000	in 1 000					
1986	2 613	6,0	9,4	11,9	- 6	5	1 151	58	342	234	518
1987 ^{a)}	2 554	6,4	10,2	12,1	- 5	5	1 155	62	336	247	511
1988	2 560	6,7	10,7	11,9	- 3	12	1 135	57	339	235	505
1989	2 574	6,7	10,6	11,9	- 3	33	1 166	52	349	242	523
1990

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Bruttoinlandsprodukt ²⁾					
	Schülerinnen/Schüler im September in				von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten			in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1980			
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	Jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	Jährliche Zuwachs- rate in %
	in 1 000												
1986	137	13	58	70	2	10	35	33	23	67 583	5,6	56 805	2,9
1987	133	13	53	67	2	10	33	32	25	69 346	2,6	57 086	0,5
1988	132	12	50	64	2	10	33	31	26	72 420	4,4	58 637	2,7
1989	133	12	48	62	2	10	33	31	26	75 846	4,7	59 503	1,5
1990	135	12	48	62	3	82 770	9,1	62 675	5,3

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	in 1 000										
1986	1 540	514	1 718	3 214	547	2 759	2 612	5 020	2 437	152	769
1987	1 497	480	1 632	.	530	2 648	2 388	4 802	2 132	121	494
1988	1 481	481	1 540	3 069	479	2 580	2 371	4 930	2 487	113	757
1989	1 491	480	1 451	.	449	2 331	2 411	5 014	2 342	141	753
1990	1 525	472	1 445	3 343	530	2 320	2 324	4 881	2 186	139	972

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme in Mill. DM	ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas	Strom ⁷⁾		
	in 1 000										Beschäft- tigte am 30. 6. in 1 000	
											1 000 t SKE ⁸⁾	
1986	167	114	188	3 945	2 749	36 650	7 867	180	865	501	319	41
1987	164	112	183	3 973	2 869	35 945	8 097	169	1 289	562	333	41
1988	165	112	185	4 133	3 029	38 335	9 212	164	1 258	654	353	40
1989	169	114	186	4 325	3 245	40 969	9 833	175	1 061	676	365	40
1990	177	119	194	4 771	3 549	45 569	10 182	167	1 204	663	389	42

1) Ergebnisse der IZ-Mikrozensus-erhebungen

2) ab 1988 vorläufiges Ergebnis

3) ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

7) ohne Eigenerzeugung

8) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Ergebnis der Volkszählung vom 25. 5. 1987

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr ³⁾				
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	ins-gesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		ins-gesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau 2) in %						ins-gesamt	Auslands-gäste	ins-gesamt	von Auslands-gästen
1986	8	9	32	1 190	9 574	4 776	1 434	8 007	3 096	380	17 076	698
1987	7	7	29	1 125 ^{a)}	10 156	4 858	1 521	8 614	3 088	378	17 137	709
1988	7	7	24	1 132	11 087	5 492	1 724	9 277	3 193	379	17 181	724
1989	8	8	15	1 140	12 555	6 169	1 898	10 337	3 448	444	17 650	866
1990	12	8	13	1 148	11 965	6 110	1 828	10 221	3 801	479	19 390	877

Jahr	Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegs-opfer fürsorge		
	ins-gesamt	Kraft-räder	Pkw ⁵⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		ins-gesamt		Hilfe zum Lebensunterhalt			
									Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM			Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
1986	1 305	54	1 107	53	16 751	371	21 591	19 119	1 137,7	459,4	100,1	71,7		
1987	1 338	52	1 140	53	15 808	337	20 383	20 150	1 222,7	486,3	99,9	72,2		
1988	1 376	51	1 177	54	17 106	372	21 989	20 736	1 311,1	514,9	106,7	77,7		
1989	1 419	51	1 218	55	16 786	344	21 619	20 080	1 420,4	566,9	118,3	82,8		
1990	1 467	52	1 262	57	17 326	364	22 574	19 526	1 591,1	662,6	...	90,1		

Jahr	Steuern							Fundierte Schulden				
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Ver-brauch-steuern	Gewerbe-steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 7)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		ins-gesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				ins-gesamt	Kredit-mittel
1986	5 322	6 074	2 041	2 950	6 425	4 496	998	480	774	15 538	3 131	2 423
1987	5 605	6 197	2 077	3 245	6 690	4 850	1 029	471	763	17 047	3 241	2 509
1988	5 952	6 554	2 231	3 467	7 144	5 005	1 214	460	884	18 204	3 490	2 732
1989	6 480	6 937	2 445	3 681	7 899	5 396	1 398	491	952	18 836	3 619	2 857
1990	6 094	7 176	2 431	3 630	7 890	5 310	1 506	137	966	20 128	3 790	2 956

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet				Löhne und Gehälter							
	Erzeugerpreise ⁸⁾		für Wohn-gebäude 1985 = 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1985 = 100	Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie 9) und Handel		öffentlicher Dienst			
	gewerb-licher Produkte 1985 = 100	landwirt-schaft-licher Produkte 1985 = 100			ins-gesamt	Nahrungs-mittel, Getränke, Tabakwaren	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾	
							Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
1986	97,5	94,3	101,4	99,9	100,6	715	496	3 699	2 509	4 304	3 505	2 616
1987	95,1	91,7	103,3	100,1	100,1	735	515	3 845	2 606	4 466	3 622	2 703
1988	96,3	91,8	105,5	101,4	100,3	764	536	3 986	2 708	4 631	3 708	2 767
1989	99,3	99,8	109,4	104,2	102,6	786	552	4 126	2 823	4 779	3 759	2 805
1990	101,0	94,7	116,4	107,0	105,6	821	572	4 297	2 953	4 972	3 822	2 852

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen, Ausländer einschließlich DDR 4) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr 5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) ohne Postspareinlagen 7) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 8) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 9) einschließlich Hoch- und Tiefbau 10) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

a) Basis Gebäude- und Wohnungszählung 1987, ohne Wohnungen in Wohnheimen

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1989	1990	1990			1991				
				Monats- durchschnitt	Aug.	Sept.	Ökt.	Juli	Aug.	Sept.	Ökt.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 574	2 614	2 621	2 623	2 625	
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG											
Eheschließungen	Anzahl	1 437	1 544	2 418	1 835	1 321	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	6,7	7,1	10,9	8,5	5,9	
Lebendgeborene	Anzahl	2 281	2 421	2 756	2 478	2 470	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,6	11,1	12,4	11,5	11,1	
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 546	2 622	2 449	2 445	2 668	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,9	12,0	11,0	11,4	12,0	
darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	15	16	13	13	14	
	je 1 000 Lebendgeborene	6,6	6,6	4,7	5,2	5,7	
Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 264	- 201	+ 307	+ 33	- 198	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 1,2	- 0,9	+ 1,4	+ 0,2	- 0,9	
WANDERUNGEN											
Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	7 672	12 773	16 262	14 483	14 708	
Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 904	9 945	13 165	12 141	12 797	
Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 768	+ 2 828	+ 3 097	+ 2 342	+ 1 911	
Innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	9 121	9 400	10 316	9 277	10 303	
Wanderungsfälle	Anzahl	21 697	32 118	39 743	35 901	37 808	
ARBEITSLAGE											
Arbeitslose (Monatsende)	1 000	101	94	85	81	81	79	76	73	74	
darunter Männer	1 000	57	52	46	44	44	44	42	41	41	
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	6,5	3,5	0,6	0,7	0,8	2,3	2,5	3,3	3,6	
darunter Männer	1 000	5,8	3,4	0,5	0,6	0,7	1,8	1,9	2,7	3,0	
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	6,5	9,3	9,6	9,7	8,9	11,5	11,4	11,2	10,4	
LANDWIRTSCHAFT											
VIHBESTAND											
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 491 ^a	1 525 ^a	
darunter Milchkühe	1 000	480 ^a	472 ^a	
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	480 ^a	472 ^a	
Schweine	1 000	1 451 ^a	1 445 ^a	1 497	.	.	.	1 418	.	.	
darunter Zuchtsauen	1 000	144 ^a	144 ^a	145	.	.	.	140	.	.	
darunter trächtig	1 000	99 ^a	99 ^a	100	.	.	.	97	.	.	
SCHLACHTUNGEN²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	41	49	55	62	79	55	62	72	77	
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
Schweine	1 000 St.	189	200	242	203	226	178	166	167	166	
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	1	1	1	0	0	1	1	
SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾											
(ohne Geflügel)	1 000 t	29,0	33,1	34,7	37,7	44,5	33,6	36,8	36,8	38,5	
darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	12,7	15,2	17,0	19,3	23,9	16,5	18,6	21,7	23,4	
Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
Schweine	1 000 t	16,0	17,5	21,6	18,0	20,1	15,6	14,4	14,6	14,7	
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾											
Rinder (ohne Kälber)	kg	312	310	308	311	303	300	300	303	305	
Kälber	kg	131	125	130	109	120	130	128	127	128	
Schweine	kg	85	88	89	89	89	88	87	88	89	
GEFLÜGEL											
Eingelgte Bruteier ⁴⁾	für Legehennenküken	1 000	99	96	
	für Masthühnerküken	1 000	
Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	77	63	
MILCHERZEUGUNG											
	1 000 t	201	194	194	188	191	195	193	187	191	
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	95	95	93	92	93	97	93	92	93	
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,7	13,4	13,1	13,1	13,0	13,3	13,2	13,2	13,0	

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

		1989	1990	1990			1991			
				Monats- durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	169	177	180	181	182	182	184	184	...
darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	114	119	120	122	123	122	123	123	...
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 483	16 205	16 299	16 570	17 519	15 479	16 502	16 970	...
Lohnsumme	Mill. DM	360,4	397,6	409,3	391,6	413,1	440,0	428,8	413,7	...
Gehaltssumme	Mill. DM	270,4	295,8	284,3	285,7	285,7	316,1	308,6	312,7	...
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 274	2 228	2 042	2 473	2 308	2 207	2 192	2 344	...
aus dem Inland	Mill. DM	1 437	1 502	1 434	1 775	1 700	1 599	1 667	1 778	...
aus dem Ausland	Mill. DM	837	726	606	699	608	608	524	567	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 414	3 797	3 838	4 074	4 400	3 907	3 916	4 333	...
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 595	2 949	3 042	3 247	3 451	3 218	3 174	3 439	...
Auslandsumsatz	Mill. DM	819	849	796	827	949	689	743	894	...
Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	15	14
Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	47,0	46,0
Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	63	71
leichtes Heizöl	1 000 t	7	7
schweres Heizöl	1 000 t	56	65
Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	281	297	303	304	324	297	301	294	...
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	34	32	27	44	31	32	27	...
Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe ⁶⁾	1980 = 100	115,3
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	39 744	41 773	42 932	43 183	43 065	42 610	43 077	43 422	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 382	4 608	5 334	4 852	5 641	5 056	5 159	5 180	...
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	1 623	1 782	2 071	1 890	2 160	1 973	2 030	2 019	...
gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 181	1 213	1 332	1 214	1 416	1 369	1 399	1 383	...
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 493	1 484	1 764	1 592	1 829	1 620	1 619	1 660	...
Lohnsumme	Mill. DM	97,2	110,9	123,5	109,7	125,3	131,7	126,7	123,1	...
Gehaltssumme	Mill. DM	19,3	21,8	21,0	20,6	21,0	22,2	22,5	22,7	...
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	390,8	462,1	545,5	505,6	559,3	559,8	548,9	593,2	...
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	236,4	282,2	310,5	338,1	322,1	312,7	352,1	339,0	...
AUSBAUGEWERBE⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	7 542	8 284	8 394	8 449	8 929	8 784	8 932	9 026	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	896	978	1 016	960	1 136	1 045	1 054	1 063	...
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	21,6	25,3	27,6	24,1	27,8	28,7	28,2	27,7	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	64,0	75,2	73,0	76,6	92,2	94,2	92,2	100,9	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 185	2 263	1 747	1 656	...	2 069	1 780
Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	944	972	904	963	...	868	874
Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	101,2	104,8	.	106,6
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	159,2	185,4	.	200,8

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₀ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Ab März 1991 vorläufige Ergebnisse. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Minister für Soziales, Gesundheit und Energie des Landes Schleswig-Holstein, ab Januar 1991 eigene Erhebungen 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1989	1990	1990			1991				
				Monats- durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Jul1	Aug.	Sept.	Okt.
BAUTÄTIGKEIT											
BAUGENEHMIGUNGEN											
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	440	509	509	495	508	578	458	508	616	
darunter mit											
1 Wohnung	Anzahl	373	414	395	403	422	466	374	425	517	
2 Wohnungen	Anzahl	40	53	59	53	45	54	56	38	44	
Rauminhalt	1 000 m ³	353	482	501	520	503	593	389	471	588	
Wohnfläche	1 000 m ²	63	87	91	93	92	107	72	85	109	
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	113	123	150	132	124	138	127	102	113	
Rauminhalt	1 000 m ³	557	602	626	576	612	883	582	564	596	
Nutzfläche	1 000 m ²	90	97	105	104	98	122	106	86	101	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	730	1 148	1 396	1 299	1 204	1 522	950	1 086	1 446	
HANDEL UND GASTGEWERBE											
AUSFUHR											
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 046,3	997,1	968,0	760,5	1 110,2	1 091,1	1 055,9	
davon Güter der											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	184,9	145,4	150,5	109,7	162,7	179,9	186,3	
gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	861,4	851,7	817,5	650,8	947,5	911,2	869,6	
davon											
Rohstoffe	Mill. DM	16,2	14,7	11,7	13,2	20,5	15,3	12,8	
Halbwaren	Mill. DM	64,6	62,0	63,1	56,7	61,2	63,8	52,5	
Fertigwaren	Mill. DM	780,6	775,0	742,7	580,9	865,8	832,1	804,2	
davon											
Vorerzeugnisse	Mill. DM	125,7	122,1	123,6	106,4	139,5	128,1	97,5	
Enderzeugnisse	Mill. DM	654,9	652,9	619,1	474,5	726,3	706,1	706,7	
nach ausgewählten Verbrauchsländern											
EG-Länder	Mill. DM	514,1	509,2	512,8	431,8	546,5	623,0	463,3	
darunter Niederlande	Mill. DM	104,7	102,2	101,6	82,1	123,7	130,4	92,8	
Frankreich	Mill. DM	93,4	90,2	98,4	64,4	88,0	116,2	67,2	
Dänemark	Mill. DM	74,5	77,6	72,7	95,8	76,3	100,0	84,6	
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	84,5	75,7	77,7	58,8	80,0	82,4	67,3	
EINZELHANDELSUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	116,2	130,9	139,1	123,7	136,8	151,5	139,3	127,4	...	
GASTGEWERBEUMSÄTZE (Meßzahl)	1986 = 100	111,3	117,7	168,8	135,2	115,2	168,7	178,8	143,7	...	
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)											
Ankünfte	1 000	287	317	500	417	348	p 547	p 542	p 427	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	37	40	61	42	40	p 95	p 62	p 47	...	
Übernachtungen	1 000	1 471	1 616	3 275	2 216	1 544	p 3 461	p 3 554	p 2 326	...	
darunter von Auslandsgästen	1 000	72	73	111	78	78	p 172	p 116	p 84	...	
VERKEHR											
SEESCHIFFFAHRT¹⁾											
Güterempfang	1 000 t	1 490	...	1 678	1 685	1 893	
Güterversand	1 000 t	920	...	911	923	949	
BINNENSCHIFFFAHRT											
Güterempfang	1 000 t	136	138	129	136	143	p 141	p 127	
Güterversand	1 000 t	158	165	181	145	159	p 148	p 212	
ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE²⁾											
darunter Krafträder	Anzahl	9 987	11 254	10 626	9 533	12 652	19 056	6 719	
Personenkraftwagen 3)	Anzahl	258	294	241	153	82	466	316	
Lastkraftwagen	Anzahl	8 970	10 060	9 462	8 534	11 648	17 475	5 485	
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	467	570	588	539	652	743	629	
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 399	1 441	1 780	1 576	1 350	p 1 616	p 1 730	p 1 619	p 1 259	
Getötete Personen	Anzahl	29	30	33	38	18	p 27	p 35	p 33	p 20	
Verletzte Personen	Anzahl	1 802	1 881	2 333	2 112	1 663	p 2 069	p 2 221	p 2 142	p 1 606	

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

		1989		1990			1991			
		Monats- durchschnittl)		Aug.	Sept.	Okt.	JulI	Aug.	Sept.	Okt.
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN²⁾										
Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	80 020	83 070	80 053	81 419	81 811	87 568	88 205	89 001	89 664
darunter										
Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	78 780	81 367	79 453	79 797	80 166	86 035	86 723	87 489	88 175
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 784	10 565	10 000	10 408	10 356	11 536	11 156	11 550	11 530
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 336	10 451	9 808	10 181	10 163	11 275	10 937	11 336	11 311
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	448	114	192	227	193	261	219	213	219
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	4 157	4 564	4 364	4 330	4 329	5 098	5 217	5 270	5 339
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 636	3 810	3 682	3 649	3 654	4 042	4 156	4 234	4 291
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	521	754	682	682	675	1 056	1 061	1 036	1 048
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	64 839	66 238	65 089	65 058	65 481	69 401	70 349	70 670	71 306
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	48 165	49 552	48 982	48 967	49 161	50 687	51 258	51 400	51 944
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	16 674	16 686	16 107	16 091	16 319	18 714	19 091	19 270	19 362
Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	60 676	64 837	61 951	61 996	62 493	62 981	63 516	63 502	64 036
Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	40 596	45 311	43 085	43 078	43 623	43 946	44 504	44 518	45 052
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	32 511	36 871	34 936	35 016	35 452	38 556	39 077	39 238	39 616
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	8 086	8 440	8 149	8 063	8 171	5 390	5 427	5 280	5 436
Spareinlagen	Mill. DM	20 080	19 526	18 866	18 918	18 870	19 035	19 012	18 984	18 984
bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namenschuldverschreibungen)	Mill. DM
Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	4 103	4 623	.	3 614
Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 viertelj.	Mill. DM	3 786	4 013	..	3 700
ZÄHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	59	47	51	55	44	43	39	45	37
Vergleichsverfahren	Anzahl	-	1	-	-	-	-	-	2	-
Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	142	122	151	119	164
Wechselsumme	Mill. DM	1,0	1,1	1,3	1,3	0,8
STEUERN										
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART										
		Vierteljahres- durchschnitt			3.Vj.90			3.Vj.91		
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	3 099,1	3 012,8	-	2 785,1	-	-	-	3 574,1	-
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	2 178,7	2 105,4	-	1 858,4	-	-	-	2 506,1	-
Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 574,5	1 549,3	-	1 514,6	-	-	-	1 801,3	-
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	349,4	376,4	-	306,0	-	-	-	355,7	-
nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	71,6	55,1	-	47,7	-	-	-	125,9	-
Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	183,3	124,5	-	9,9	-	-	-	223,2	-
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	920,3	907,5	-	926,7	-	-	-	1 068,0	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	519,2	607,8	-	626,2	-	-	-	712,5	-
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	401,1	299,7	-	300,5	-	-	-	355,5	-
Bundessteuern	Mill. DM	142,6	55,4	-	47,7	-	-	-	52,6	-
Zölle	Mill. DM	- 0,0	0,0	-	-	-	-	-	-	-
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	122,8	34,3	-	33,1	-	-	-	34,7	-
Landessteuern	Mill. DM	212,2	213,8	-	188,1	-	-	-	222,9	-
Vermögensteuer	Mill. DM	35,8	37,2	-	35,0	-	-	-	42,1	-
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	92,1	90,4	-	70,5	-	-	-	78,7	-
Biersteuer	Mill. DM	6,9	7,9	-	9,0	-	-	-	11,6	-
Gemeindesteuern	Mill. DM	334,0	339,7	-	377,6	-	-	-	400,6	-
Grundsteuer A	Mill. DM	7,8	7,6	-	8,1	-	-	-	8,1	-
Grundsteuer B	Mill. DM	76,9	76,6	-	91,4	-	-	-	100,9	-
Gewerbesteuer	Mill. DM	238,0	241,4	-	263,1	-	-	-	274,0	-
nach Ertrag und Kapital (brutto)										
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 620,0	1 523,6	-	1 466,0	-	-	-	1 764,8	-
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	860,0	858,5	-	797,6	-	-	-	996,9	-
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	598,2	589,8	-	602,4	-	-	-	694,2	-
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	19,3	19,9	-	18,3	-	-	-	21,2	-
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 734,2	1 794,0	-	1 642,3	-	-	-	1 956,9	-
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	998,8	927,9	-	754,2	-	-	-	1 152,4	-
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	503,9	632,5	-	681,8	-	-	-	558,8	-
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	19,3	19,9	-	18,3	-	-	-	22,8	-
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	611,2	607,7	-	601,3	-	-	-	677,0	-
Gewerbesteuer	Mill. DM	199,4	201,7	-	226,5	-	-	-	230,0	-
nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	315,8	313,4	-	260,3	-	-	-	320,4	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM									

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1989	1990	1990			1991				
			Monats- durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
PREISE										
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBEIT* 1985 = 100										
Einfuhrpreise ⁶⁾	84,4	82,5	81,9	83,9	85,0	83,3	82,9
Ausfuhrpreise ⁶⁾	102,1	102,2	102,3	102,5	102,5	103,9	103,8
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ⁶⁾	92,8	91,4	91,2	92,3	93,1	91,3	91,0
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	99,3	101,0	101,3	101,7	102,1	104,0	104,0	104,3
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	99,8	94,7	93,9	93,3	90,7	p 94,9	p 94,2
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	109,4	116,4	117,6	.	.	.	125,8	.	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	96,4	95,7	94,9	94,3	95,2	99,5	p 98,9
Einzelhandelspreise	102,3	104,4	104,4	104,7	105,5	107,5	107,3	107,4	107,4	107,7
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	104,2	107,0	107,1	107,5	108,2	111,5	111,5	111,7	112,0	112,0
darunter für										
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	102,6	105,6	105,6	105,3	105,5	109,6	109,0	108,6	108,7	108,7
Bekleidung, Schuhe	106,0	107,5	107,4	107,8	108,1	110,0	110,2	110,7	111,0	111,0
Wohnungsmieten	108,8	112,5	113,1	113,4	113,6	117,8	118,1	118,5	118,9	118,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	82,0	85,5	85,9	87,0	90,8	89,0	88,8	89,7	90,9	90,9
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	104,9	107,3	107,6	107,7	108,1	110,6	111,1	111,3	111,5	111,5
LÖHNE UND GEHÄLTER										
- Effektivverdienste in DM -										
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU										
Bruttowochenverdienste										
männliche Arbeiter	786	821	.	.	844	873
darunter Facharbeiter	827	860	.	.	884	916
weibliche Arbeiter	552	572	.	.	580	613
darunter Hilfsarbeiter	526	545	.	.	553	586
Bruttostundenverdienste										
männliche Arbeiter	19,44	20,47	.	.	20,89	22,04
darunter Facharbeiter	20,49	21,57	.	.	22,02	23,26
weibliche Arbeiter	14,07	14,65	.	.	14,83	15,86
darunter Hilfsarbeiter	13,34	13,86	.	.	14,04	15,08
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter (Stunden)	40,4	40,0	.	.	40,4	39,6
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,2	39,0	.	.	39,1	38,7
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	4 759	4 960	.	.	5 044	5 289
weiblich	3 285	3 433	.	.	3 501	3 704
Technische Angestellte										
männlich	4 849	5 066	.	.	5 178	5 461
weiblich	3 217	3 382	.	.	3 468	3 654
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	3 831	3 990	.	.	4 022	4 168
weiblich	2 634	2 754	.	.	2 789	2 974
Technische Angestellte										
männlich	3 772	3 753	.	.	3 742	4 101
weiblich	(2 653)	(2 700)	.	.	(2 713)	(2 612)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	4 126	4 297	.	.	4 348	4 533
weiblich	2 823	2 953	.	.	2 999	3 206
Technische Angestellte										
männlich	4 779	4 972	.	.	5 069	5 380
weiblich	3 205	3 371	.	.	3 453	3 640

1) Bestandszahlen bei Kredits und Einlagen; Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken
3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage
6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Hinweis: *) Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 12. 1990			Bevölkerungsveränderung im Dezember 1990			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Oktober 1991 (vorläufige Zahlen)		
	Insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
FLENSBURG	86 977	- 0,2	+ 0,5	- 30	- 122	- 152	33	-	43
KIEL	245 567	- 0,1	+ 0,8	- 25	- 107	- 132	108	2	128
LÜBECK	214 758	- 0,0	+ 0,9	- 114	56	- 58	118	-	143
NEUMÜNSTER	80 743	- 0,0	+ 0,6	6	- 23	- 17	50	-	59
Dithmarschen	129 463	- 0,0	+ 1,2	- 27	- 20	- 47	75	2	92
Hzgt. Lauenburg	159 943	+ 0,1	+ 2,0	- 22	163	141	83	1	124
Nordfriesland	152 367	- 0,1	+ 0,9	- 40	- 91	- 131	75	2	93
Ostholstein	189 444	- 0,0	+ 1,4	- 49	27	- 22	67	3	93
Pinneberg	269 081	+ 0,0	+ 1,3	- 45	139	94	128	-	165
Plön	121 131	+ 0,2	+ 2,6	- 4	272	268	54	-	68
Rendsburg-Eckernförde	247 333	+ 0,1	+ 1,1	12	148	160	121	3	155
Schleswig-Flensburg	180 355	+ 0,1	+ 1,0	- 8	126	118	65	1	87
Segeberg	221 160	+ 0,2	+ 1,6	0	339	339	132	2	172
Steinburg	128 946	+ 0,1	+ 1,5	0	73	73	50	2	64
Stormarn	198 859	+ 0,0	+ 1,1	- 75	76	1	100	2	120
Schleswig-Holstein	2 626 127	+ 0,0	+ 1,2	- 421	1 056	635	1 259	20	1 606

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand ⁵⁾ am 1. 7. 1991		
	Betriebe am 30. 9. 1991	Beschäftigte am 30. 9. 1991	Umsatz ⁴⁾ im September 1991 Mill. DM	Insgesamt	Pkw ⁶⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷⁾
FLENSBURG	70	9 420	243	41 052	36 633	421
KIEL	133	22 081	588	113 962	101 582	414
LÜBECK	141	22 088	411	99 043	88 374	412
NEUMÜNSTER	72	10 562	128	41 739	37 019	458
Dithmarschen	68	7 637	334	77 533	63 283	489
Hzgt. Lauenburg	104	9 208	162	95 306	82 646	517
Nordfriesland	56	3 419	105	92 827	76 103	499
Ostholstein	91	7 019	184	107 149	92 358	488
Pinneberg	194	21 970	492	153 289	133 826	497
Plön	46	3 159	61	68 066	57 787	477
Rendsburg-Eckernförde	130	10 724	223	145 781	122 970	497
Schleswig-Flensburg	82	5 579	142	109 268	89 450	496
Segeberg	191	20 755	505	146 104	125 516	568
Steinburg	81	9 753	265	76 005	63 137	490
Stormarn	177	20 510	490	123 067	108 381	545
Schleswig-Holstein	1 636	183 884	4 333	1 490 191	1 279 065	487

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 12. 1990 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost,
Bundesbahn und Bundeswehr 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Bevölkerungsstand: 31. 12. 1990

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. 9. 1990			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 10. 1991	Kurzarbeiter Monatsmitte Oktober 1991	offene Stellen 31. 10. 1991	Schweine insgesamt am 3. 4. 1991	Rindvieh am 3. 6. 1991	
		VZ 1987	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe
		in %							
Schleswig-Holstein	2 623,0	+ 2,7	+ 1,7	73,8	3,6	10,4
Hamburg	1 646,8	+ 3,4	+ 2,0	57,7	3,1	8,3
Niedersachsen	7 367,7	+ 2,9	+ 1,8	228,1	11,0	27,4
Bremen	681,6	+ 3,3	+ 1,6	29,1	1,6	4,2
Nordrhein-Westfalen	17 311,5	+ 3,6	+ 1,9	538,2	45,0	66,3
Hessen	5 746,8	+ 4,3	+ 2,2	118,7	16,3	26,4
Rheinland-Pfalz	3 753,8	+ 3,4	+ 2,0	75,6	8,5	17,8
Baden-Württemberg	9 787,4	+ 5,4	+ 2,5	157,1	32,7	71,8
Bayern	11 413,0	+ 4,7	+ 2,3	192,3	41,7	76,6
Saarland	1 073,7	+ 1,7	+ 1,4	34,4	7,2	3,5
Berlin (West)	2 155,0	+ 7,1	+ 2,4	93,9	2,4	8,0	X	X	X
Bundesgebiet	63 560,3	+ 4,1	+ 2,1	1 599,0	173,1	320,7	X	X	X

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾			Wohnungswesen im Juni 1991	
	Beschäftigte am 30. 6. 1991 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Juni 1991		Beschäftigte am 30. 6. 1991		zum Bau genehmigte Wohnungen		
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %	in 1 000	Je 1 000 Einwohner ⁴⁾	Anzahl	Je 10 000 Einwohner ⁴⁾	
Schleswig-Holstein	181	4 560	21,1	42	16	1 577	6,0	
Hamburg	136	8 722	12,6	22	13	.	.	
Niedersachsen	685	18 070	27,7	114	16	4 796	6,5	
Bremen	84	2 558	36,2	11	16	286	4,2	
Nordrhein-Westfalen	2 036	44 960	25,5	239	14	5 798	3,3	
Hessen	661	12 786	26,7	91	16	2 619	4,6	
Rheinland-Pfalz	394	9 258	32,9	62	17	3 327	8,9	
Baden-Württemberg	1 546	30 501	27,8	175	18	8 136	8,3	
Bayern	1 468	28 425	29,7	243	21	8 351	7,3	
Saarland	138	2 620	30,8	17	16	547	5,1	
Berlin (West)	177	5 862	12,1	37	17	1 397	.	
Bundesgebiet	7 504	168 422	26,6	1 054	17	p 38 035	.	

Land	*Kfz-Bestand ⁵⁾ am 1. 7. 1991			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im August 1991				Bestand an Spar- einlagen 8) am 28. 2. 1990 in DM je Einw.	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner 4)								
	in 1 000										
Schleswig-Holstein	1 490	1 279	489	1 730	35	2 221	130	7 636	680	610	...
Hamburg	764	687	419	950	8	1 231	129	10 372	967	4 657	...
Niedersachsen	4 259	3 636	495	3 937	115	5 102	135	9 133	648	690	...
Bremen	314	282	415	340	2	400	118	10 580	855	1 828	...
Nordrhein-Westfalen	9 275	8 254	479	6 207	112	7 874	129	9 847	760	1 529	...
Hessen	3 472	3 020	528	2 756	65	3 643	135	11 537	851	1 099	...
Rheinland-Pfalz	2 290	1 937	519	1 946	41	2 554	133	10 729	661	687	...
Baden-Württemberg	5 937	5 035	518	4 335	131	5 641	133	11 991	834	1 031	...
Bayern	7 117	5 825	514	6 017	221	8 162	139	12 226	779	883	...
Saarland	620	550	514	584	9	764	132	9 787	672	783	...
Berlin (West)	885	768	358	1 088	11	1 285	119	9 119	607	2 698	...
Bundesgebiet	36 529	31 322	495	30 240	766	39 378	133	10 627	760	1 228	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) Bevölkerungsstand am 30. 9. 1990

5) Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, Länder: ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; Bundesgebiet: einschl. Bundespost und Bundesbahn

6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) vorläufige Zahlen 8) ohne Postspareinlagen 9) Bevölkerungsstand: 30. 6. 1990

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- △ = entspricht

